

Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfanusch & Co., Magdeburg, Große Mühlenstraße 3. — Fernsprechnummer 6264 bis 6267. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag Seite 110. — Verkaufspreis: Wochentlich 2,00 Mark, Abholer 1,80 Mark, Einzelpreis 15 Pfennig, Sonntags 20 Pfennig

Anzeigenpreise: Die 10spaltige 27 Millimeter breite Nonpareilzeile beträgt 20 Pf., auswärts 30 Pf., Familienanzeigen und Stellengesuche 12 1/2 Pf., die dreispaltige 30 Millimeter breite Anzeigenzeile 10 Pf., auswärts 15 Pf., Abat geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Für Platzvorkauf keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 130.

Magdeburg, Dienstag den 8. Juni 1926.

37. Jahrgang

Wahlsieg in Mecklenburg.

Sozialdemokraten die stärkste Partei.

Am Sonntag haben in Mecklenburg-Schwerin die Neuwahlen zum Landtag stattgefunden. Der alte Landtag war im Februar 1924 gewählt worden und hatte eine Mehrheit aus Deutschnationalen, Deutscher Volkspartei und Völkischen. Eine Rechtsregierung aus Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei tat treu und brav, was die mecklenburgischen Granden von Nr und Salm verlangten. Aber vor wenigen Wochen zeigten sich die Völkischen störrisch und bödig. Sie ließen die Regierung im Stich, so daß ihr nichts übrigblieb, als zurückzutreten oder den Landtag aufzulösen. Wir sagen der Regierung Dank, daß sie zur Auflösung griff und dadurch eine Stimmungsprobe für den Volkssentscheid ermöglichte.

Wir können mit der Probe vollauf zufrieden sein: Von den Rechtsparteien sind die eifrigsten Fürstendiener, die Deutschnationalen und die Völkischen, gründlich zusammengehauen worden. Aber auch die Kommunisten haben die Quittung dafür erhalten, daß sie im Kampfe um den Volkssentscheid nur eine besonders günstige Gelegenheit zur Gehe gegen Sozialdemokraten und Reichsbanner erblickten.

Zwar liegt ein Gesamtergebnis noch nicht vor, es fehlen noch Resultate aus vielen kleinen Dörfern und Gutsbezirken. Aber das Gesamtergebnis wird für die Sozialdemokraten vielleicht noch günstiger werden, denn im Februar 1924 waren es die Städte, nicht das Land, das den Rechtsparteien die Stimmen lieferte. Das war die Ursache...

auch noch nicht, trotzdem der gewählte Führer der Mieter ein guter Demokrat ist, denn die drei Sitze der Kommunisten dürften bei einer Regierungsbildung negativ in Erscheinung treten.

Die Wahlniederlage der Rechtsparteien berechtigt zu den besten Hoffnungen für den Volkssentscheid, denn viele Bürger, die bei der Landtagswahl ihre Stimme den Rechtsparteien und der Wirtschaftspartei gaben, werden am 20. Juni gegen die Fürsten stimmen. —

Der Putschmajor bei Hindenburg.

Der Hofmeister des Jungdeutschen Ordens, Mahraum, ließ der Öffentlichkeit am Sonnabend neben andern interessanten Vorkommnissen in den rechtsradikalen Kreisen wissen, daß der Redakteur der nationalistischen „Deutschen Zeitung“, Major v. Sodenstern, vor noch nicht langer Zeit von dem Reichspräsidenten empfangen wurde und ihm seine politischen Pläne mitteilte.

Von zuständiger Seite wird dieser Empfang bestätigt. Er ist hauptsächlich auf den Sohn des Reichspräsidenten, Major von Hindenburg, zurückzuführen, der ausschließlich deutschnationalen Verkehr pflegen und auch zu den völkischen Kreisen Verbindungen unterhalten soll. Es verlautet darüber hinaus, daß der Reichspräsident die... (Text is partially obscured)

Angesichts der Bedeutung der deutschen Industrie hat inzwischen erklären lassen, daß maßgebende Mitglieder seines Vorstandes, überhaupt alle Angehörigen des Verbandes, „niemals“ daran gedacht haben, irgendwelchen Putschplänen Vorschub zu leisten. Aber es kommt schließlich nicht darauf an, was die Herren der Industrie denken, sondern was sie tun, und von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet ist es nicht von der Hand zu weisen, daß bestimmte industrielle Kreise in den letzten Monaten wiederholt versucht haben, Tausende von Arbeitern rücksichtslos auf die Straße zu setzen. Das entspricht durchaus dem Ideengang der Putschisten, die durch systematische Entlassungen großer Arbeitermassen in allen Teilen des Reiches Unruhen zu provozieren gedachten, um dann auf den Trümmern die schwarzweiße Flagge zum Siege aufzupflanzen.

Dem alten Reichspräsidenten, dem es von seinen „Freunden“ so überaus schwer gemacht wird, ein korrekter Reichspräsident zu sein, wird auch der anständige Gegner das menschliche Mitgefühl nicht versagen können. Sonderbar aber ist, daß seiner wirklichen Freunde für ihn gegen seine falschen Berater auftritt. Sollte man ihm menschliche Achtung nur noch auf der Gegenseite entgegenbringen? —

Geschäfte mit Hindenburgs Namen.

Der „Vorwärts“ teilt in seiner Sonntagsausgabe mit, daß der Präsident des Reichsbürgerrats und ehemalige königliche Staatsminister a. D. von Voebell einen großen Schlag gegen den Volkssentscheid plant. Am 11. Juni soll im „Deutschen Spiegel“ ein Briefwechsel erscheinen, den Voebell mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg über den Volkssentscheid geführt hat. Es ist gleichzeitig geplant, diesen Briefwechsel als doppelseitiges Flugblatt in großen Massen zu verbreiten.

Der „Vorwärts“ schreibt dazu: Der Streich, der schon in allen Einzelheiten vorbereitet ist, richtet sich gegen den Reichspräsidenten, der entgegen seinem eignen Wunsch in den Kampf um die Fürsteneinteignung hineingezogen werden soll.

Am 19. Mai richtete Herr v. Voebell an den Reichspräsidenten einen Brief, in dem er ihm nahelegte, in einer Rundgebung an das deutsche Volk zur Frage des Volkssentscheids Stellung zu nehmen.

Am 22. Mai antwortete Herr v. Hindenburg, indem er erklärte, „aus staatsrechtlichen sich aus der verfassungsmäßigen Stellung des Präsidenten des Deutschen Reiches ergebenden Gründen“ der Anregung des Briefschreibers nicht entsprechen zu können. Herr v. Hindenburg war aber arglos genug, diesem entscheidenden Teil seines Briefes längere persönliche Ausführungen hinzuzufügen.

Niemand wird es anders erwarten, als daß Herr v. Hindenburg ein Gegner der entschuldigungslosen Enteignung der Fürsten ist. Es kann also nicht die geringste Überlegung sein, daß er in einem als... (Text is partially obscured)

vertraulich gedachten Brief gegen die Enteignung ausgesprochen hat.

Die geplante Veröffentlichung des Briefes kann aber nur gegen seinen Willen erfolgen. Denn in den Eingangszweilen lehnt es der Reichspräsident in der bestimmtesten Form ab, sich zum Volkssentscheid öffentlich zu äußern. Er erklärt selbst, daß er durch eine etwaige Zustimmung zu einer solchen Veröffentlichung etwas tun würde, was sich mit der Verfassung und mit seiner staatsrechtlichen Stellung nicht verträgt.

Aber das ist natürlich den Fürsteneinteignern gleichgültig. Der Zweck heiligt ihnen die Mittel. Ob damit der Ruf des Reichspräsidenten, den sie im Präsidenten-Wahlkampf als ein Sinnbild der Gerechtigkeit und Rechtschaffenheit hinstellten, untergraben wird oder nicht, was kümmert das sie. Geld sollen die Fürsten haben, viel Geld, um nachher recht kräftig gegen die Republik ankämpfen zu können. —

Aktion einer Stahlhelmregierung.

Am Sonntag wurde der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Dr. Frankenberg und ein anderer Sozialdemokrat verhaftet, weil sie in dem vornehmen Bürgerquartier die vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei herausgegebenen Flugblätter zum Verkauf anboten. Die Verhaftung erfolgte mit der Rede des Reichstagsabgeordneten Saenger (München) über den Volkssentscheid für 10 Pfennig zugunsten der Kasse des Ortsvereins verkauft. Die Verhaftung erfolgte durch uniformierte Schupo-Beamte wegen unbefugten Geldjammeln und wegen unbefugten Vertriebs von Schriften. Sie wurden zur Polizeiwache gebracht, wo sie eine Stunde lang festgehalten wurden. Offenbar war die Festnahme auf eine Demonstration hin erfolgt.

Der Wachthabende rief inzwischen bei dem stellvertretenden Chef der Polizeidirektion, dem deutschnationalen Regierungsrat Hartwig, an und teilte noch einiger Zeit mit, daß der stellvertretende Leiter der Polizei eine Entscheidung erst abgeben wolle, nachdem er die Broschüre des Genossen Saenger gelesen habe. Sie wurde darauf durch Stadtführer zur Polizeidirektion gebracht und endlich erhielt der Wachthabende von dort die Weisung, die beiden Festgenommenen nach Aufnahme eines Protokolls zu entlassen, aber die noch vorhandenen vier Saenger-Broschüren und 93 Flugblätter zu beschlagnahmen. Die beiden Verhafteten erklärten sofort zu Protokoll, daß sie hiergegen Verwahrung einlegen. Da sehr viele Schupo-Beamte in jenen Quartieren unterwegs waren, kann man als sicher annehmen, daß eine regelrechte Razzia auf die Flugblattverteiler gemacht wurde.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion wird sofort die geeigneten Schritte unternehmen, um die Broschüren und die Flugblätter wieder zu erhalten. Der ganze Vorgang zeigt aber, welche verbissene Gegner des Volkssentscheids in der braunschweigischen Polizeidirektion und in der braunschweigischen Stahlhelmregierung sitzen. Trotzdem wird die republikanische Bevölkerung Braunschweigs erst recht Stimmungsmache für den Volkssentscheid treiben.

Gegenüber den Maßnahmen der schwarzweißroten Regierung in Braunschweig wird es interessieren, daß die preussische Polizei Anweisungen hat, ähnlichen Benutzungen für den Volkssentscheid keine Schwierigkeiten zu bereiten. —

Belagerungszustand im Korridor.

Die polnische Regierung hat am Sonnabend in Kommerellen, also im sogenannten Korridorgebiet, den Ausnahmezustand verhängt. Diese Maßnahme ist insofern überraschend, als nunmehr seit den blutigen Unruhen in Polen mehr als zwei Wochen vergangen sind und sogar der Ausnahmezustand, der im polnischen Gebiet seinerzeit verhängt war, inzwischen aufgehoben worden ist. Von polnischer Seite wird der ungewöhnliche Schritt mit angeblichen staatsgefährlichen Absichten deutscher Nationalisten begründet.

Die Erfahrung hat allerdings gezeigt, daß in ähnlichen Fällen, beispielsweise bei dem kürzlich niedergeklagten Prozeß gegen Deutschkamm-Führer im polnischen Oberschlesien, die Behauptungen von angeblichen staatsfeindlichen Absichten erfunden oder doch erheblich übertrieben waren. Gerade das Gegenteil ist... (Text is partially obscured)

Ergebnis der Wahlbeteiligung

	Februar 1924:
Sozialdemokratie	103 293
Deutschnational	58 425
Völkische	23 993
Kommunisten	17 439
Deutsche Volkspartei	21 706
Demokraten	8 001
Mieter und Aufwerber	7 278
Wirtschaftspartei	15 847
Nationalsozialisten	4 248

Die Wahlbeteiligung betrug ungefähr 70 bis 75 Prozent. Der neue Landtag dürfte sich folgendermaßen zusammensetzen: Sozialdemokraten 17, Deutschnationale 10, Völkische 4, Volkspartei 4, Wirtschaftspartei 3, Mieter 1, Demokraten 1, Kommunisten 3.

Sehr interessant sind auch die folgenden Einzelergebnisse:

Ergebnis der Wahlbeteiligung

	Febr. 1924
Sozialdemokraten	13388 (9010)
Deutschnationale	5848 (10350)
Volkspartei	3734 (5288)
Völkische	1087 (7364)
Wirtschaftspartei	3704 (1158)
Kommunisten	2836 (6348)
Mieter	1864 (0)
Demokraten	966 (1584)
Nationalsozialisten	389 (0)

Ergebnis der Wahlbeteiligung

	Febr. 1924
Sozialdemokraten	8110 (4718)
Deutschnationale	5156 (6610)
Volkspartei	4449 (5730)
Völkische	1133 (4540)
Wirtschaftspartei	1752 (180)
Kommunisten	721 (1610)
Mieter	1069 (0)
Demokraten	1249 (1726)
Nationalsozialisten	437 (0)

Ergebnis der Wahlbeteiligung

	Febr. 1924
Sozialdemokraten	4929 (3671)
Deutschnationale	1534 (1384)
Volkspartei	879 (1053)
Völkische	1548 (4887)
Wirtschaftspartei	731 (74)
Kommunisten	174 (2501)
Mieter	704 (—)
Demokraten	388 (409)
Nationalsozialisten	186 (—)

Stimmverteilung: Sozialdemokraten 3431, Deutschnationale 507, Volkspartei 544, Völkische 997, Wirtschaftspartei 688, Kommunisten 591, Mieter 397, Demokraten 175, Nationalsozialisten 13. Wähler: Sozialdemokraten 1968, Deutschnationale 1036, Volkspartei 91, Völkische 997, Wirtschaftspartei 897, Kommunisten 556, Mieter 183, Demokraten 159, Nationalsozialisten 517.

Die Rechtsparteien haben eine zweifelsfreie Niederlage erlitten, ihre alte Mehrheit ist verloren. Die Verhältnisse sind auch nicht durch die Erfolge weiterzumachen, welche die neu antretende Wirtschaftspartei erzielte. Sie ist aus einer Landbau- und Handwerkerliste entstanden. In einer eigenen Sitzungsarbeit nicht es bis jetzt aber...

Dorpmüller, der starke Mann.

Die fast an Unsterblichkeit grenzende Gestalt, mit der der Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft, noch bevor der verstorbene Generaldirektor Oeser zur letzten Ruhe bestattet worden ist, Herrn Dorpmüller zum Nachfolger Oesers wählte, hat in der Öffentlichkeit mit Recht einleuchtendes Aufsehen hervorgerufen. Die Reichsregierung hat ihrem Unwillen über den Verwaltungsrat dadurch drastisch Ausdruck gegeben, daß sie dem neuen Generaldirektor mitteilen ließ, sie werde zu seiner Wahl erst nach der Bestätigung Oesers Stellung nehmen. Im übrigen weist die Reichsregierung darauf hin, daß sie nicht in die Lage versetzt worden ist, vor der Wahl zu den für die Nachfolge in Frage kommenden Persönlichkeiten irgendeine Stellung zu nehmen.

Die Eile des Verwaltungsrats ist leicht zu erklären. Die hohen Herren der Reichsbahngesellschaft hatten Angst, die Wahl des Herrn Dorpmüller, der ja längst zum Nachfolger Oesers ausgerufen worden war und schon seit fast einem Jahre der eigentliche Leiter der Reichsbahnpolitik ist, würde nicht so ohne weiteres die Zustimmung der Reichsregierung und der Öffentlichkeit finden. Nur um das Gesicht zu wahren, hat Herr von Siemens telephonisch den Reichstanzler über die Absicht, den stellvertretenden Generaldirektor als Nachfolger Oesers zu wählen, ins Bild gesetzt. Der Verwaltungsrat hat die Reichsregierung schnell vor vollendete Taten gestellt, damit ihm niemand einen Strich durch seine Rechnung machen kann.

Den Herren im Verwaltungsrat muß schon recht viel an Herrn Dorpmüller liegen, wenn sie eine solch auffallende Brüstung der Reichsregierung wagen. Herr Dorpmüller gilt als der „starke Mann“, der sich durch seine Kritik der Öffentlichkeit über des Parlaments an der Politik der Reichsbahngesellschaft einschüchtern läßt. Weil er als starker Mann gilt, deshalb ist er ja auch Herr Oeser auf die Nase gesetzt worden. In den Verhandlungen mit dem Personal ist er bisher schon oft durch seine brutalen und herrischen Manieren unangenehm aufgefallen. Erst kürzlich hat er in der Hauptversammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, als Generalsekretär Schönter auf die Reichstagsbeschlüsse zur Verbesserung der Einkommenverhältnisse der Reichsbahnbeamten sowie auf das Washingtoner Arbeitszeitabkommen hinwies und die Reichsbahn gegen diese Dinge scharf machte, den Scharfmachern wohlwollend zu verstehen gegeben, eine Mehrbelastung, die der Reichstag beschließt, müsse selbstverständlich daraufhin geprüft werden, ob sie mit der Finanzlage der Reichsbahn und mit der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft in Einklang gebracht werden könne — Dorpmüller empfahl sich damit als der richtige Mann für das Zusammenspiel zwischen Industrie und Reichsbahngesellschaft zur gegenseitigen Unterstützung gegen die geplanten sozialen Maßnahmen.

Die Organisationen der Eisenbahner sehen der Politik Dorpmüllers mit Ruhe entgegen. Der große Erfolg des Einheitsverbandes bei den letzten Betriebsratwahlen hat gezeigt, daß die Eisenbahner die Zeichen der Zeit verstanden haben.

Landgerichtsdirektor Asmus.

Der sozialdemokratische Oberstaatsanwalt Dr. Asmus aus Freiberg in Sachsen, der aus dem feinerzeit gegen ihn angehängten Prozeß mit Freispruch hervorging, ist mit Wirkung vom 16. Juni ab zum Landgerichtsdirektor beim Landgericht Chemnitz ernannt worden. Asmus erhält den Vorsitz einer Kammer für Handelsjahren, die demnächst frei werden wird.

Belgischer Parteibericht.

Am 6. Juni beginnt in Brüssel der 37. Parteitag der belgischen Arbeiterpartei. Aus diesem Anlaß hat das Parteisekretariat einen Bericht über die Tätigkeit der Partei sowie aller ihre angeschlossenen Zweige und Institutionen der belgischen Arbeiterbewegung herausgegeben. Dieser Bericht, ein Buch von 540 Seiten, gibt einen Einblick in die überaus rege und vielseitige Tätigkeit, die die belgische Arbeiterpartei auf allen Gebieten entfaltet und sie zu einer der wichtigsten Kräfte des belgischen Volkstums überhaupt macht.

Aus dem Bericht des Parteivorstandes ist hervorzuheben, daß die politische Tätigkeit der Partei im Jahre 1925 sich auf

allerdings ein politischer Kopf, aber kein Musiker. (1) Diese Kunst sei „höflich, politisch“, sie könne „nur Narren gefallen oder Verrückten oder Gelehrten, oder Straßendürren und Menschenmördern“.

Das Urteil über die „Gurmanthe“ wird allerdings wesentlich getrübt durch die Verdorbenheit und die dramatische Unmöglichkeit ihres Librettos. Hier also kann Goethe zugestimmt werden, wenn er sagt: „Weber mußte sich einsehen, daß dies ein schlechter Stoff sei, woraus sich nichts machen ließ.“ Selbst Wagner, der über den „Freischütz“ nicht genug Symphonien anstimmen kann, vernachlässigt sowohl den Text als auch die dramatische Verwendung der musikalischen Mittel in der „Gurmanthe“.

Allen diesen absprechenden Kritiken aber steht unerschütterlich das Urteil eines musikalisch ganz Großen entgegen: Robert Schumanns Worte vom 23. September 1847: „Gurmanthe von E. W. v. Weber. Geändert haben wir wie lange nicht. Die Kunst ist noch viel jünger erkannt und anerkannt. Es ist Gedulde, kein eiteltes, was er hatte. Eine Reihe glänzender Juwelen vom Anfang bis zum Schluß.“

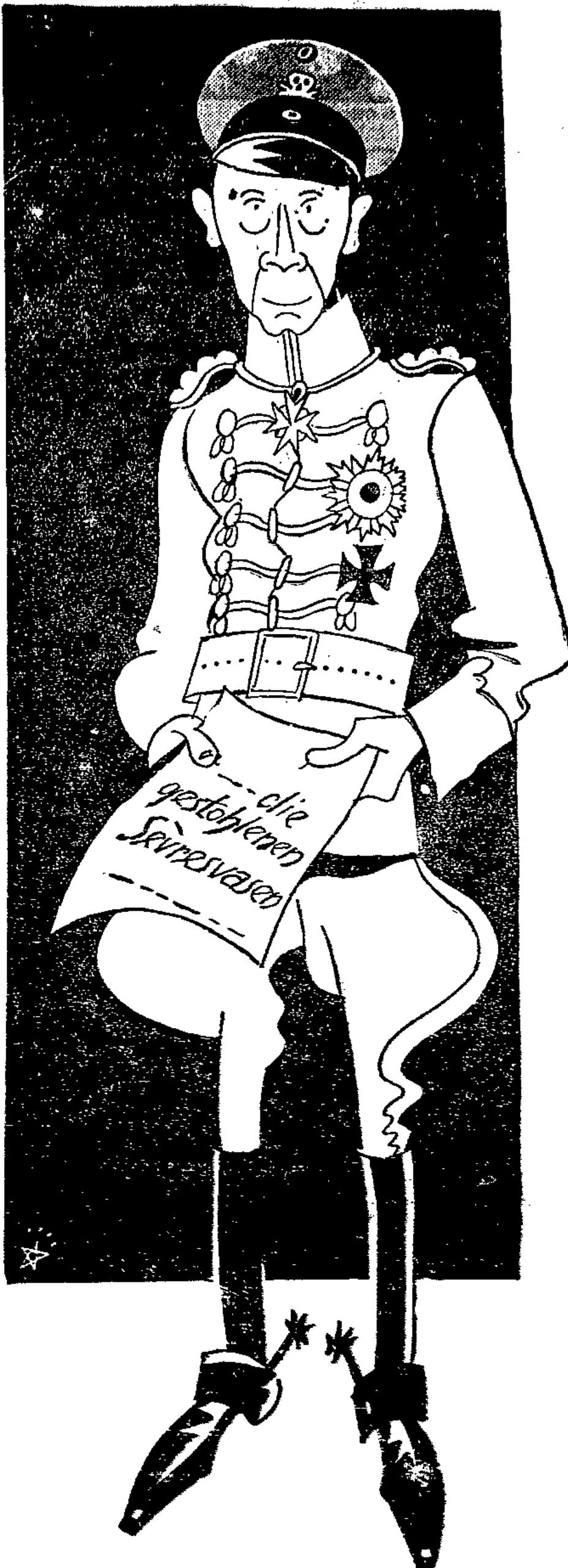
Auch Webers größter Zeitgenosse, Ludwig van Beethoven, nahm an allem, was Weber betraf und sogar auch am Schicksal der „Gurmanthe“ den wohlwollendsten Anteil. Der „Freischütz“ hatte ihn begeistert. Als Weber ihn einst besuchte, rief er ihn und nannte ihn einen „Lustfisch“.

Die aufgeführte Reihe von Zeitgenossen, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, darf aber nicht vorübergehen an jenem jugendlichen Theaterbesucher, der im Jahre 1822 immer wieder im Dresdner Hoftheater gesehen wurde, wenn unter Webers eigener Leitung der „Freischütz“ gegeben wurde: der Hofkapellmeister Richard Wagner, den Webers Meisterwerk frühzeitig auf die Bahn des Dramas drängte. 22 Jahre später, als Webers herrliche Reihe aus London nach Dresden übergeführt wurden, hat der gleiche Richard Wagner die „Reihe an Webers letzter Aufbegehren“:

„Euch, nun läßt der Geist der Gerechtigkeit wiederkehren, es kommt euch die Gerechtigkeit, aber lieben kann dich nur der Deutsche; du bist kein — ein schöner Tag aus seinem Leben, ein warmer Tropfen seines Blutes, ein Stück von seinem Herzen...“

Die internationale Schachwelt-Konferenz. Vom 2. bis 10. Juni findet in Berlin die „erste internationale Schachwelt-Konferenz“ statt, die von Vertretern aller Kulturstaaten besucht wird. Der Organisator Dr. H. H. H. hat die Konferenz mit ihrem Ehrenpräsidenten eingeladen, die Teilnehmenden der Berliner Schachgesellschaft am Sonntag den 27. Juni zu begrüßen.

Secresvasen.



Cecilie, Cecille,
O den! an die Familie!
Die Vettern und die Vajen
Blamiert du mit den Bajen,
So daß die ganze Sippe spricht:
„Bei uns laut man so offen nicht!“

Alle kostbare Kunstwerke, die sogenannten Secres-Vasen, wurden der ehemaligen Kronprinzessin Cecilie leihweise überlassen. Das Berliner Kunstgewerbemuseum mußte aber in letzter Zeit ziemlich laut werden, bis die Kronprinzessin begriff, daß man geborgte Sachen auch mal wieder zurückgeben muß. Vor einigen Tagen ist es — aber erst nach langen und heftigen Auseinandersetzungen in den Räumen ganz Deutschlands — endlich gelungen, die im Eigentumsbegriffen etwas kostbare Cecilie zu bewegen, die untrüben Vasen wieder herauszugeben.

Die Nachrichten schimpfen natürlich furchbar auf die respektlosen sozialdemokratischen Zeitungen, die einer so „erhabenen“ Dame zuzurufen, sie könnte kostbare Vasen, die ihr nicht gehören, sich zu eigen machen, also stibitzen wollen. Zu ihrem Leidwesen wird jetzt aber sogar amtlich festgestellt, daß die Secres-Vasen in der Tat widerrechtlich nach Teis gebracht worden sind und nicht, wie der Generalbevollmächtigte des Hohenzollernhauses von der deutschnationalen Presse in gelung hat erklären lassen, freiwillig, sondern erst auf Ersuchen des Finanzministers nach Berlin zurückgebracht wurden. Damit erweisen sich alle Fortwörter, die gegen das Hohenzollernhaus im Zusammenhang mit dem Secres-Vasen erhoben worden sind, als völlig berechtigt.

Der große Junke konzentrierte: 1. den Wahlkampf und Wahltag vom 3. April, 2. die Regierungskrise und die Bildung des Ministeriums Bouler-Bandewelde, 3. das vierzigste Gründungsjahr der Partei.

Die Mitgliederzahl der Partei ist im Berichtsjahr etwas zurückgegangen, offenbar als Folge der wirtschaftlichen Depression, und zwar von insgesamt 626 288 auf 598 007. Bemerkenswert ist, daß der Rückgang fast ausschließlich in den waldreichen Industriegebieten, wo die Partei beinahe schon das Maximum der Entwicklungsmöglichkeiten erreicht hat, zu verzeichnen ist, während sie in den weiten fläclichen Gebieten, wo die Industrie sich erst mehr und mehr entwickelt, Fortschritte gemacht hat.

Von einer recht regen Tätigkeit berichtet die Bildungsabteilung, und zwar sowohl die französische wie die flämische Abteilung, ebenso die Arbeiterhochschule und die Frauenbildungsabteilung.

Die der Partei angeschlossenen Arbeiterunterstützungsvereine sind im Berichtsjahr um 100 000 Mitglieder, die

Arbeiterunterstützung betrafen ein Million Mitglieder. Die Genossenschaften, gleichfalls der Partei angeschlossen, wiesen einen Umsatz von 416 Millionen Frank auf, 870 000 Familien, das ist ein Siebentel aller Familien des Landes, sind ihnen angeschlossen.

Die Parteiabteilung entwickelt sich gut. Die ihr im Berichtsjahr anvertrauten Einlagen betragen fast 24 Millionen Frank.

Die Partei-Versicherungsabteilung weist 7 1/2 Millionen Frank Einnahmen für die Lebensversicherung, 3 1/2 Millionen für die Feuerversicherung und 1 1/2 Millionen für die Unfallversicherung auf.

Die Gewerkschaftskommission, die gleichfalls der Partei organisch angeschlossen ist, berichtet über schwere Kämpfe, namentlich in der Metallindustrie. Der Bericht betont die systematische enge Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit der Partei und den Genossenschaften.

Berichte der Parteizeitungen, der Jugendbewegung, sowie mit reichlichem statistischem Material versehene ausführliche Berichte aller Bezirksorganisationen der Partei schließen sich an. Sie alle legen Zeugnis ab von der Kraftfülle, der Gesundheit und Kampfesfreude der sozialistischen Arbeiterbewegung dieses kleinen Landes.

Notizen.

Der Studententrad in Hannover. Die Technische Hochschule in Hannover hat — sicherlich dem Druck des Ministeriums gehorchend, nicht dem eignen Triebe — der Staatsanwaltschaft einen genauen Bericht über die Studentenausweisungen gegen den Professor Lessing übermittelt. Gleichzeitig wurde gegen zehn Studenten das Disziplinarverfahren durchgeführt. Diese zehn hat der Senat am Sonnabend für dauernd von der Hochschule verwiesen (relegiert). Ob damit der Studentenstand erledigt ist oder ob nun die väulischen Studenten nochmals versuchen werden, durch einen noch größeren Krach das preußische Kultusministerium anzugreifen, muß abgewartet werden.

Schluß der 8. Arbeitskonferenz. Die achte Arbeitskonferenz wurde am Sonnabend mit der Annahme der Konvention über die Auswandereraufsicht an Bord sowie Entschlüsse über Weiterverfolgung der Auswandererfragen, Aufnahme der Arbeitslosenversicherung in die Tagesordnung einer nächsten Konferenz und den Auftrag an das Arbeitsamt, die Regierungen der Londoner Arbeitsministerkonferenz um Ratifizierung der Arbeitszeitkonvention zu ersuchen, geschlossen. Die Arbeitslosen-Entschlüsse wurde mit einem Zusatzantrag des Abgeordneten Müller (Deutschland) angenommen, daß die Arbeitsvermittlung nur durch öffentliche oder unter öffentlicher Kontrolle stehende Lemter stattfinden solle. Am Montag beginnt die neunte Arbeitskonferenz ebenfalls in Genf.

Neuer Frankfurt. Der französische Frank hatte in den letzten Tagen einen neuen Sturz zu verzeichnen, der in französischen Regierungskreisen lebhaft beunruhigt hat. Der Ministerrat befaßte sich deshalb am Sonnabend mit der Situation am Devisenmarkt. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt. Inzwischen fand unter Beteiligung des Ministerpräsidenten Briand, des Finanzministers Peret und des Gouverneurs der Bank von Frankreich eine Konferenz statt, die sich mit der Frankwaibe befaßte.

Parteitag in Belgien. Im Volkshaus zu Brüssel trat am Sonnabend der Parteitag der belgischen Sozialisten zusammen. Er befaßte sich u. a. mit der Besprechung verschiedener Berichte des Parteivorstandes, der Parlamentsfraktion sowie der Frauen-, Jugend- und Studenten-Organisationen. Am Sonntag vormittag hörte der Kongreß die Begrüßungsreden der ausländischen Delegierten. Als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie war Adolf Braun anwesend.

Depeschen.

Teilnahme an der Abstimmung.

Stuttgart, 7. Juni. (Radio.) Eine stark besuchte Versammlung der Demokratischen Partei Württembergs beschäftigte sich am Sonntag mit der Frage der Fürstenabfindung. Das Ergebnis der Aussprache ist zusammenzufassen in der Aufforderung an die Parteifreunde, am 20. Juni an einer Abstimmung unter allen Umständen teilzunehmen und nach eigener gemäßigter Prüfung mit „Ja“ oder „Nein“ zu stimmen.

Die Studenten rebellieren weiter.

Ab. Braunschweig, 7. Juni. Die braunschweigische Studentenschaft hat, wie die „Braunschweigische Landeszeitung“ berichtet, an die Studentenschaft der Technischen Hochschule Hannover folgendes Telegramm gerichtet:

„Die Braunschweigische Studentenschaft stellt sich geschlossen hinter die Studentenschaft Hannover und sagt ihr Unterstützung in ihrem Kampfe gegen Unrecht und Willkür, gegen einzelne Kommissionen zu.“

Eine Delegation von 25 hannoverschen Studenten wird heute mit dem Vorstand der braunschweigischen Studentenschaft verhandeln. Der Delegation werden sich etwa 1000 Studierende in einem Sonderzug anschließen, der gegen 1 Uhr auf dem Braunschweiger Hauptbahnhof eintrifft und von der braunschweigischen Studentenschaft geschlossen empfangen werde. Es handelt sich also um einen demonstrativen „Aufzug“ aus Hannover.

Überarbeiterswahl in Altona.

Hamburg, 7. Juni. (Radio.) Das am Montag vormittag festgestellte Ergebnis der Elternratswahlen in Altona ergab einen Erfolg der sozialdemokratischen Liste Schulfortschritt. An den 23 Schulen erhielten diese Schulfortschritt 138 Sitze, die christlich-politische Liste 58 und die kommunistische Liste 28 Sitze. In einer Reihe Schulen wurden Einheitslisten aufgestellt, die zum Teil partiell zusammengestellt sind.

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Kaufpreis u. Reifen

Der Preis sagt nicht,
ob der Reifen billig ist;
aber der Reifen sagt,
ob der angelegte Preis
billig war.

Darum laß!

Continental

Reifen

Continental-Steuerkarte, Handbuch und Atlas, für jeden Kraftfahrer unentbehrlich.

Waschsdwester für Kinder, in verschiedenen Farben 65
 Matrosen-Mützen für Knaben u. Mädchen, marineblau mit roten Streifen 1.15
 Bubi-Hut in den üblichen Ausführungen 1.35
 Jockey-Mützen aus Kaschmir 1.75

Gillig

Kunstseid. Band ca. 11cm breit, 38
 Kunstsd. Taffetband ca. 11cm breit, 68
 Haarschleifen mit Gatter Stück 85 45

Waschmusselin für Kinder-Kleider, feine Ausmusterung Meter 88 68 **45**

Kindertouren!

Dirndl-Zephir farliert Meter 1.10 85 **68**

Verkauf soweit Vorrat!

Verkauf soweit Vorrat!

Diese Verkaufs-Veranstaltung ist diesmal den Kindern gewidmet. Mit besonderer Sorgfalt haben wir in verschiedenen Abteilungen vor- teilhafte Artikel zusammengestellt, die jedes Kinderherz erfreuen und den Müttern Gelegenheit geben, für wenig Geld praktische Artikel zu erwerben. Beachten Sie gefl. unsere Schaufenster am Breiten Weg und Alten Markt, die mit den inserierten Waren dekoriert sind

Kinder-Konfektion

Serie I Waschmusselin-Kleider Zephir-Kleider Spiel-Anzüge 200	Serie II Waschmusselin-Kleider Leinen-Kleider Spielanzüge Praktische Kleider 300	Serie III Wollmusselin-Kleider Leinen-Kleider Weiße Vollvoile-Kleider Schotten- u. Cheviot-Kleider Praktische Kinder-mäntel Knir-Waschkleider 500
---	---	--



Kinder-Konfektion

Serie IV Backfischkleider in Krepps u. Musselinen Weiße Vollvoile-Kleider Popeline- und Krepp-Kleider Samtkleider Strickmäntel Kinder-Mäntel 800	Serie V Kadettkleider Vollvoile-Kleider Eleg. Kreppkleider Schulkleider Samtkleider Kinder-Mäntel 1000	Serie VI Kleine, elegant. Crêpe de Chine-Kleider Reinwollene sehr gute Schulkleider Vollvoile-Backfisch-Kleider Strickmäntel Reinwollene Kinder-Mäntel 1200
---	---	---

Kinder-Strumpfwaren

Kinder-Socken aus Baumwolle, mit dopp. Spitzen und Garter, 1 Paar 38
Kinder-Socken mit Wollwolle, doppelt Spitzen und Garter, 1 Paar 45
Kinder-Socken feinst, mit geringeltem Wollwolle, doppelt Spitzen und Garter, 1 Paar 45
Kinder-Socken aus Baumwolle, feinst, mit geringeltem Wollwolle, 1 Paar 60
Kinder-Strümpfe aus Baumwolle, 1 Paar gestrichelt, mit doppelt Spitzen und Garter in 10 Farben, 1 Paar 1.00
Kinder-Strümpfe aus Baumwolle, 1 Paar gestrichelt, mit doppelt Spitzen und Garter, 1 Paar 1.00

Diverse Artikel für Knaben u. Mädchen

Kinder-Sportgürtel in Baumwolle 1.50 48
Knaben-Sportgürtel aus Spinnweben 80
Schillerkragen weiß, gestrichelt und einfarbig 95
Knaben-Sporthandschen handlich, in Baumwolle, Gr. 40 2.50
Kinder-Schlupfhosen Größe 30 45
Kinder-Sweater Größe 1 95
Blaue Knaben-Waschhosen aus gar. Stoff, Gr. 1 2.25
Kinder-Tricot-Sportwesten in verästeltem, leichter Stoff, Gr. 1 vom III 1.90
Kinder-Schürzen aus guter gestrichelter Baumwolle, in großer Ausführung, mit Handtasche, jede weitere Größe 10 Pfg. Steigerung 48
Knaben-Schürzen aus amerikan. Stoffen, moderner Muster, jede weitere Größe 10 Pfg. Steigerung 65
Knaben-Schürzen aus feinstem Wollwolle, in großer Ausführung, jede weitere Größe 10 Pfg. Steigerung 1.10
Mädchen-Hängerschürzen gestrichelt und weiß gezeichnet, jede weitere Größe 10 Pfg. Steigerung 1.35

Spielhöschen und Spielanzüge

Spielhöschen gestrichelt, mit großer Taille, Größe 40 58
Spielhöschen für Mädchen, einfarbig, mit Felle und Knöpfen garniert, Größe 45 75
Spielanzüge für Knaben und Mädchen, gestrichelt, mit Taille und Bänder, Größe 40 95
Spielanzüge für Knaben, einfarbige Bluse und gestricheltes Höschen, Größe 40 1.75
Spielanzüge Höschen aus blauem Knabenstoff, mit gestrichelter Bluse, Größe 30 1.95
Kittel aus gestricheltem Kleiderstoff, mit Felle und Taille, Größe 40-50 1.10 75
Kittel blau-weiß, gestrichelt und gestrichelt, Größe 40 85
Kittel glatt rot und blau-weiß gestrichelt, mit Spitzelbänder, Größe 40 1.25
Strampelhöschen aus einfarbigem Stoff mit Fellebänder 95

Taschentücher weiß mit Streifen 5
Taschentücher weiß mit Streifen oder gestrichelt 8
Taschentücher weiß, mit gestrichelten Streifen 12

Mädchen-Handen aus Tüllstoff und Bänder, Größe 40 38
Mädchen-Handen aus gutem Handennest, mit breiter Koppel und Bänder, Größe 40 55
Knaben-Handen aus feinstem Handennest, Größe 40 75

Leinwand u. Döllinghaus

Bestimmung 51-52.

Zentral-Verlag
 Leipzig
 Buchverlag
 Leipzig

Einzelne Bücher
 Dr. Wegrad
 Leipzig

Zurückgekehrt
San-Rat Dr. Brandt
 Leipziger Weg Nr. 104, 11.

Genussvoll deutscher Lebensstil
fränkisch Lande
 Leipzig

Statt Karten.
 Für die wachsenden Vereine herzlicher Teilnahme und für das leichte Gelingen bei der Festhaltung meines lieben, untergeordneten Mannes sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie dem Kollegen, dem Reichsverband der Vereine und dem Vorstand des Hauses Leipzigerstr. 10/11 meine herzlichsten Grüße. Besonders Dank dem Damen-Verein der Leipziger Gemeinde und dem Schützenverein der Leipziger. Insbesondere denke ich Herrn Dr. Köpfer für seine freundlichen Worte am Gange des Verabschieden.
 Hochachtungsvoll, im Juni 1925.
 In feiner Tücher
Mutter Minna Sellmann.

Nachrichten aus der Provinz. Die wichtigsten Todesursachen.

Die der „Amtliche Preussische Pressedienst“ der statistischen Korrespondenz entnimmt, hat im vierten Vierteljahr 1925 die Zahl der Gestorbenen in Preußen gegen den gleichen Zeitraum 1924 um fast 5000 zugenommen; die Sterbeziffer ist von 116,17 auf 120,58 gestiegen, berechnet auf 10 000 Einwohner.

Kreis Wanzleben.

Vorwärts im Kampf!

Die Fürstendiener in den reaktionären Parteien und im Landvolk sind gegen den Volkswillen mit dem Stahlhelm aufmarschiert. Unsere Offensiv gegen die Fürsten wird dadurch nicht aufgehalten werden.

große Volksversammlungen.

- Mittwoch den 9. Juni, abends 8 Uhr. Egenstedt, bei Balle; Redner Genosse Lange (Magdeburg).
Donnerstag den 10. Juni, abends 8 Uhr. Beyendorf, bei Rohlfarber; Redner Genosse Kaufers (Magdeburg).

- Freitag den 11. Juni, abends 8 Uhr. Altbrandleben, bei Müchmeier; Redner Genosse Ströbel (Mörsleben).
Sonnabend den 12. Juni, abends 8 Uhr. Sadmerleben, in der „Reichszone“; Redner Genosse Ströbel (Mörsleben).

- Mittwoch den 16. Juni, abends 8 Uhr. Klein-Stubenleben, bei Datzmann; Redner Genosse Kunze (Weitzberg).
Donnerstag den 17. Juni, abends 8 Uhr. Wittenleben, im „Schwarzen Adler“; Redner Genosse Silber Schmidt (Pezlin).

- Freitag den 18. Juni, abends 8 Uhr. Dabendorf, Große Demonstration um 7 Uhr. Bei Gastwirt Wittenberg um 8 Uhr Volksversammlung; Redner Gen. Wille.
Sonnabend den 19. Juni, abends 8 Uhr. Scharnhorst, Redner Genosse Kubner; Magdeburg.

Die Parteimitglieder der Arbeiterpartei sind am 1. Juni eine gut besetzte Sitzung im „Neuen Kaffeehaus“ ab. Sie wurde ausschließlich dem Agitationsarbeitern zum Volkswillen. Eine Reihe Versammlungen hier und in der Umgebung, darunter 15 unter freier Form, sind im Gange.

Stadtkreis Mörsleben.

Die Parteimitglieder der Arbeiterpartei sind am 4. Juni eine gut besetzte Sitzung im „Neuen Kaffeehaus“ ab. Sie wurde ausschließlich dem Agitationsarbeitern zum Volkswillen.

Genossen, sich zu den Arbeiten, namentlich am Tage der Abstimmung zur Verfügung zu stellen.

Die „Christlich-Sozialen“ treiben wieder ihre verunglimpfende Agitation zu den Elternbetriebsstellen. In einer öffentlichen Versammlung wollten sie dagegen, daß die Schule zur „Partei-fache“ gemacht werden soll.

Ein dreifacher Einbruch wurde beim Reichsbannerkameraden Löffler, Schuhwarenhandler, verübt. Ein großer Koffen Schuhe ist gestohlen worden.

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Vollversammlungen gegen die Fürsten.

Auf in den Kampf gegen die Monarchisten! Verteidigt die Republik, helft dem Volkswillen zum Siege am 20. Juni. So rufen wir allen Wählern und Wählerinnen zu.

- Montag den 7. Juni, abends 8 Uhr. Barleben. Redner: Genosse Kaufers (Magdeburg).
Dienstag den 8. Juni, abends 8 Uhr. Niederndobleben. Redner: Genosse Kaufers (Magdeburg).
Mittwoch den 9. Juni, abends 8 Uhr. Zerleben. Redner: Genosse Tramp (Neuhaldensleben).

- Freitag den 11. Juni, abends 8 Uhr. Jarsleben. Redner: Genosse Tramp (Neuhaldensleben).
Sonnabend den 12. Juni, abends 8 Uhr. Dreileben. Redner: Genosse Tramp (Neuhaldensleben).
Sonntag den 13. Juni, nachmittags 3 Uhr. Dörfingerleben. Redner: Genosse Dohberkau (Weizendorf).

- Donnerstag den 17. Juni, abends 8 Uhr. Sommerleben. Redner: Genosse Tramp (Neuhaldensleben).
Freitag den 18. Juni, abends 8 Uhr. Köpzig. Redner: Genosse Böhm (Magdeburg).

Tagesordnung in allen Versammlungen. Für das Volk gegen die Fürsten. Freie Aussprache. Alle Wähler und Wählerinnen sind eingeladen.

Alle Eltern müssen zur Wahl gehen, damit unsere Mitte wieder mit großer Mehrheit gewählt wird.

Die Stimmlisten zur Abstimmung über den Volkswillen liegen im Gemeindebüro in den Dienststunden bis einschließlich Sonntag den 18. Juni zur Einsicht aus.

Kreis Neuhaldensleben.

Kirchenverpachtungen.

Am Dienstag den 8. Juni, nachmittags 5 Uhr, wird die Kirchverpachtung der Gemeinde Dörfingerleben in der Gastwirtschaft Fritz Wille verpachtet.

Kolbisch. Gemeindervertreter-Sitzung. Auf der Tagesordnung stand nochmals der Gemeinde-Etat, weil gegen ihn wegen eines Formfehlers Protest von der bürgerlichen Fraktion eingelegt war.

Neuhaldensleben. Die Freizeurinnung Neuhaldensleben teilt uns durch ihren Obermeister Herrn Brandt zu dem Artikel in Nr. 129 der „Volksstimme“.

Neuhaldensleben. Die Stimmlisten zur Abstimmung über den Volkswillen am 20. Juni liegen bis einschließlich Sonntag den 13. Juni im Rathhaus, Zimmer 6.

Kreis Jerichow 1. Gommern. Zusammenstoß. Ein von Magdeburg kommender Radler, der Kaiser B. R., fuhr Sonntag vormittag 11 Uhr bei der Einfahrt in unsern Ort am Friedhof mit einem Auto zusammen.

Neuhaldensleben. Die Stimmlisten zur Abstimmung über den Volkswillen am 20. Juni liegen bis einschließlich Sonntag den 13. Juni im Rathhaus, Zimmer 6.

Neuhaldensleben. Die Stimmlisten zur Abstimmung über den Volkswillen am 20. Juni liegen bis einschließlich Sonntag den 13. Juni im Rathhaus, Zimmer 6.

Neuhaldensleben. Die Stimmlisten zur Abstimmung über den Volkswillen am 20. Juni liegen bis einschließlich Sonntag den 13. Juni im Rathhaus, Zimmer 6.

Neuhaldensleben. Die Stimmlisten zur Abstimmung über den Volkswillen am 20. Juni liegen bis einschließlich Sonntag den 13. Juni im Rathhaus, Zimmer 6.

Neuhaldensleben. Die Stimmlisten zur Abstimmung über den Volkswillen am 20. Juni liegen bis einschließlich Sonntag den 13. Juni im Rathhaus, Zimmer 6.

Neuhaldensleben. Die Stimmlisten zur Abstimmung über den Volkswillen am 20. Juni liegen bis einschließlich Sonntag den 13. Juni im Rathhaus, Zimmer 6.

Neuhaldensleben. Die Stimmlisten zur Abstimmung über den Volkswillen am 20. Juni liegen bis einschließlich Sonntag den 13. Juni im Rathhaus, Zimmer 6.

Neuhaldensleben. Die Stimmlisten zur Abstimmung über den Volkswillen am 20. Juni liegen bis einschließlich Sonntag den 13. Juni im Rathhaus, Zimmer 6.

Neuhaldensleben. Die Stimmlisten zur Abstimmung über den Volkswillen am 20. Juni liegen bis einschließlich Sonntag den 13. Juni im Rathhaus, Zimmer 6.

Neuhaldensleben. Die Stimmlisten zur Abstimmung über den Volkswillen am 20. Juni liegen bis einschließlich Sonntag den 13. Juni im Rathhaus, Zimmer 6.





Zweckflügen der Fürstendiener.

„Es geht um den Bestand von Haus und Hof, von Nation und Reich“, so heißt es in dem Aufruf der Deutschnationalen Volkspartei. Ein Kampf um Haus und Hof, darin kennzeichnet sich die Propaganda der nächsten Wochen. Insbesondere der kleine Kaufmann, der Gewerbetreibende und der kleine Bauer werden mit einer Schlammslut von literarischen Erzeugnissen aus der Fabrik der Herren um Jugenberg überschüttet werden, so daß es notwendig erscheint, darzulegen, um wessen Haus und um wessen Hof der Kampf entschieden werden soll.

Die Gegner des Volksentscheids erklären, daß die Enteignung des Fürsteneigentums notwendigerweise die Enteignung auch des Privateigentums der andern Bevölkerungsschichten mit sich bringen müßte. Sie sei daher ein Einbruch in das Prinzip des Privateigentums überhaupt, und im Kampfe um dieses glauben die Schwarzweißrotten, die Großkapitalisten und Rittergutsbesitzer, den Fürsten ihre 2½ Milliarden erhalten zu können.

Wo aber waren diese Herrschaften, als das ganze deutsche Volk enteignet wurde? Wer erinnert sich nicht des gemaltigsten Enteignungsprozesses, der je in der Weltgeschichte vollzogen wurde, der Enteignung des gesamten deutschen Mittelstandes, die während der Kriegszeit und in den Jahren der Inflation unter dem Schutze der fürstentfreundlichen Parteien brutal und rücksichtslos vorgenommen wurde. Da erhob die Gesellschaft, die sich jetzt so warm für die Begünstigung des Raubzuges der Fürsten einsetzt, nicht ihre Stimme zum Protest. Im Gegenteil: das waren ja gerade die Räuber, die eine angemessene Aufwertung der betrogenen Sparrer verhinderten. Nur die Sozialdemokratie trat rücksichtslos für die Betrogenen ein.

Keinem Sozialdemokraten wird es einfallen, dem kleinen Schuhmachermeister den Schemel unter dem Körper hinwegzuziehen, die karglichen Werkzeuge zu enteignen, die ihm die großkapitalistische Schuhwarenindustrie gelassen hat. Kein Sozialdemokrat denkt daran, dem kleinen Kaufmann zu enteignen, der in der Vorstadtstraße, trotz der Unterstützung durch die Arbeiterklasse, karglich sein Dasein fristet. Am wenigsten aber denken weder Sozialdemokraten noch Kommunisten daran, dem kleinen Bauern seine wenigen Stücke Land zu enteignen, die ihm in jahrzehntelangen Auseinandersetzungen mit den raubgierigen Feudalherren aus der Zeit vor 1848 geblieben sind.

Jahrelang haben die Eigentumsfanatiker geschwiegen und in den letzten Wahlkämpfen war nichts mehr zu hören

von den Legenden der Vorkriegszeit. Gerade die Sozialdemokratie hat im Kampfe um die Aufwertungsgeetze mit aller Kraft dahin gewirkt, dem Mittelstand sein Privateigentum zu erhalten, und ohne die Sozialdemokratie wäre der Sprecher aller Aufwertungsorganisationen, Herr Dr. West, zum mindesten im Aufwertungsaußschuß des Reichstags für allezeit mundtot gemacht worden.

Diese wenigen Tatsachen kennzeichnen die Verleumdungslut, die sich während der nächsten Wochen über den deutschen Mittelstand ergießen wird. Wird der Mittelstand so fürchtbar sein und denen folgen, die ihn ausgeraubt haben und in der Folgezeit dies Geschäft weiter zu betreiben versuchen werden? Wird er das Elend des deutschen Volkes und damit auch sein eignes vergrößern, indem er durch Stimmenthaltung den Milliardenraub der Fürsten begünstigt? Das ist kaum anzunehmen. Schon zu oft ist gerade der Mittelstand den Zweckflügen der Fürstendiener zum Opfer gefallen. Diesmal muß er sie doch endlich durchschauen und aus dem Rechtsempfinden heraus und aus Vernunftgründen sein Ja für das geforderte Gesetz abgeben.

Erklärung des Finanzministers.

Amtlich wird mitgeteilt:

„Ueber die Haltung des preussischen Finanzministers in der Frage der Auseinandersetzung mit der Krone werden in der Presse irreführende Nachrichten verbreitet. Dem Finanzminister wird insbesondere vorgeworfen, daß er es unterlassen habe, 1. den seinerzeit abgeschlossenen Vergleich den parlamentarischen Körperschaften vorzulegen, 2. den Kompromißentwurf der Reichsregierung zu verkettern, obwohl doch die preussische Staatsregierung diesem Entwurf im Reichsrat zugestimmt habe. In Wahrheit liegen die Dinge so:

1. Nachdem unter dem Eindruck der in Thüringen ergangenen Urteile die Bewegung für ein Volksbegehren entstanden war, setzte sich bis in die Kreise der Deutschen Volkspartei der Eindruck durch, daß der Reichsgesetzgeber eingreifen müsse. Mit einer Verabschiedung des Vergleichs durch den Landtag war bei dieser Sachlage nicht mehr zu rechnen. Gleichwohl hat der preussische Finanzminister die Frage, ob der Vergleich den parlamentarischen Körperschaften vorzulegen sei, zur Entscheidung des Staatsministeriums gestellt. Dieses hat den Standpunkt eingenommen, daß mit einer Verabschiedung des Vergleichs nicht mehr zu rechnen und daher von einer Vorlage abzusehen sei, bis die Entscheidung im Reiche gefallen sei.

2. Der preussische Finanzminister hat bereits im Reichsrat-

schuß des Reichstags erklärt, daß es sein ernstes Bestreben sei, eine Mehrheit des Reichstags für einen Gesetzentwurf zu gewinnen. Er hat sich mit allen Kräften darum bemüht, zwischen der Reichsregierung, den Regierungsparteien des Reichstags und der preussischen Regierung eine Vereinbarung über einen Kompromißentwurf herbeizuführen, und zwar mit Erfolg. Dieser Kompromißentwurf ist von der Reichsregierung als Regierungsvorlage aufgenommen. Die preussische Staatsregierung hat im Reichsrat entsprechend dem Vorschlag des Finanzministers diesem Entwurf zugestimmt.

Der preussische Finanzminister hat in einem am 1. Mai d. J. im „Berliner Tageblatt“ erschienenen Aufsatz seine Stellung dargelegt und hier bereits darauf hingewiesen, daß in dieser bedeutungsvollen Frage der Reichstag entscheiden müsse, und hat auch jüngst noch in der Öffentlichkeit diesen Standpunkt vertreten, ebenso am 2. Juni im Landtag. Daß der von der preussischen Staatsregierung gebilligte Kompromißentwurf auch für die Krone erträglich ist, ergibt sich schon daraus, daß auch die Volkspartei und das Zentrum sich in öffentlichen Auftrufen für dieses Kompromiß eingeklagt und seine Durchführung versprochen haben.“

Die Verteidigung des preussischen Finanzministers ändert nichts daran, daß der Reichstag in der Fürstenabfindungsfrage glänzend versagt hat und deshalb das Volk am 20. Juni selbst darüber entscheiden muß, ob den Fürsten Hunderte von Millionen Goldmark und mehrere Hunderttausend Hektar Land geschenkt werden sollen, während zwei Millionen Arbeitslose in Deutschland nicht wissen, wie sie ihr tägliches Leben fristen sollen und es einem ebenso großen Teile deutscher Volksgenossen trotz Beschäftigung nicht viel besser geht.

Zentrumsarbeiter für Abwehr des Raubes

Mit einer Riesenzumdeutung im Kölner Reichshallentheater eröffnete die Kölner Sozialdemokratie am Sonntag morgen das Schlacht um den Volksentscheid. Die Versammlung, der bemerkenswert viele Mittelständler und Zentrumsarbeiter beiwohnten, beschloß sich in der Hauptfrage mit dem Hirtensbrief der deutschen Bischöfe zur Fürstenabfindung, der im katholischen Rheinland bei vielen gläubigen Katholiken Widerspruch und Empörung ausgelöst hat, weil er in durchaus einseitiger Weise für die Fürsten und gegen das Volk eintritt.

Als Redner war Reichstagsabgeordneter Saenger (Münster) gewonnen worden, der in sehr wirkungsvoller Weise über das Thema „Kirche, Volksentscheid“ sprach und der unter tosendem Beifall scharf mit den deutschen Bischöfen, die sich mit ihrer Anschauung gegen jedes sittliche und kirchliche Recht des Volkes gestellt haben, abredete.

Die Versammlung war für die Freunde der entschuldigungslosen Fürstenenteignung ein außerordentlich harter Erfolg. Sie läßt hoffen, daß in Köln der Volksentscheid große Massen an die Wahlurne bringen wird.

Verjagtes Volk.

Eine Thüringer Waldtragedie, erzählt von Herrn Anders Krüger.

Copyright by Georg Weiserwamm, Braunschweig.

(7. Fortsetzung. (Schlußwort vorbehalten.)

Unter diesen war endlich auch der erste, freilich längst morsche Baum unter den Fiebers der Regierung gefallen. Das Haupt der den Katterfelds seit alters abgenutzten Jöllnerstippe, der Tischlermeister Friedrich Jöllner, erklärte sich bereit, mit seiner Frau und vier Kindern die Rütche gütwillig zu verlassen und nach Reitmanshausen überzusiedeln, falls die Herzogliche Regierung ihm doch zu einer Tischlerei verhelfen und seine Einkünfte ersetzen könne.

Trotz langwieriger Verhandlungen lehnte jedoch die Reitmanshäuser Gemeindevorstellung die Aufnahme Jöllners und seiner Familie gütlich, zuletzt einstimmig ab.

Dasselbe taten schließlich fast alle Gemeinden und Städte, darunter GutsMuths, Jankenhain, Georgenthal, Gotha, Dörfen, Gsch. und andere.

Mit diesem Jöllner, der zugleich auch ein „Sünder“ gewesen zu sein scheint, hat denn die hohe Herzogliche Regierung noch allerley Erbarmliches erlebt, als er gegen Gewährung der Gemeindevorstellung sich endlich bereit erklärte, mit seiner nunmehrigen Frau und vier Kindern an einem Umsiedelungsmarsch von zwölf Personen teilzunehmen. Da nur einhundertachtundfünfzig Taler Lebensversicherung für dieses arme Dutzend bezogen werden sollten, daß vierzig Taler Handgeld, bezügl. Gewinnen als Katterfelds bis nach Bremen und in Hannover weitere einhundertfünfzig Taler für alle zusammen, so scheiterte die Abschiedsreise Jöllners schließlich.

Nur fünf Taler Unterstützung für die verwahrlosten, schwer erkrankten Jöllnerkinder deutete auch hier das ansehnliche Elend an, in dem die meisten dieser mehr oder minder gemüthlichen Bauern aus- oder Abwanderungsbefehle der Herzoglichen Regierung erlitten.

Auch Katterfeld-Schulz bekam schließlich einen immer ärgeren Stand, da Jünglinge ihm durch den innerlich selbst

widerstrebenden Jurisprudenzmann Thielmann von Zeit zu Zeit amtlich zuzeigen ließ, er solle nachher dafür sorgen, daß die Rütche den Bürgern seiner Hoheit gegenüber gefügiger würde.

Katterfeld erfüllte schweren Herzens, vielleicht auch zähneknirschend, seine Schulzpflicht.

So berichtet er im April 1861 lakonisch, daß er der Krone wieder vernommen habe. Sie seien aber dabei geblieben, daß Ketterer nach Amerika auswandern wolle, aber recht gern in solche Dörferchen, wo sie eine bessere Nahrung haben würden als in Orte Rütche.“

Ende Oktober drängte das Amt zum drittenmal, und zum drittenmal meldet Katterfeld-Schulz, er habe die Rütche kommen lassen und ihnen die Willensmeinung der hohen Regierung ersperrt. „Die Bewohner vom Orte haben es auch demüthig angenommen, aber vor den jetzigen Nachrichten aus Amerika erschraken jedermann, und so wollten sie alle lieber in ihrem Vaterland die größten Leiden tragen, es mög' auch gehen wie Gott will. Es ist ferner gesonnen, nach Amerika auszuwandern.“

In Gotha hatte man nunmehr gemerkt, daß Katterfeld und die Rütcher, solange er an ihrer Spitze stand, nicht einzuschüchtern waren.

Man entschied sich daher höheren Orts, dem zähen, tapferen Rütcher Völkchen seinen unbeweglichen Schutzherrn zu nehmen und ihm selbst das Dasein zu erschweren oder zu verhindern.

Man brauchte dazu gefügige Lumpen, und man fand sie auch schließlich in dem eben genannten Friedrich Jöllner, dessen Jüngling die Gemeinde Reitmanshausen denkwürdig abgelehnt hatte, und dem wegen Unterjochung seinerzeit abgesetzten Freier Christoph Graf, den Katterfeld als gefährlichen Bild- und Dolchhieb überführt und zu abermaliger Verhaftung gebracht hatte. Als Dritter im Bunde der Verwirrer fand sich schließlich auch ein althergebrachter Feind der Regierung Graf, dessen Anwesenheit und Schändlichkeit der gefürchte Schultheiß nicht hatte übersehen lassen.

Jenachst ward Katterfeld anbefohlen, er habe sich ordnungsgemäß zur Wiederwahl zu stellen. Ferner wurde ihm mitgeteilt, was seiner der Jöllner, Graf und Genossen (auch der fahle Gemeindevorsteher Eisenhühner, über den sich Katterfeld einmal beklagt hatte, war schließlich zur Unterjochung gewonnen worden) für eine Beschwerde beim Landesherrn Oberursel eingeleitet, in der er als „unentzählich, zänfisch und allgemein verhaßt“ bezeichnet wurde.

Katterfeld antrat mit überlegener Vernunft: Er

habe ja schon mehrfach sein Amt niedergelegt zu dürfen gebeten, der Herr Justizmann habe ihn jedoch jedesmal dringend ermahnt, es nicht zu tun. Seine Amtsführung als Schultheiß und Steueremnehmer sei beschönigend geprüft und für gut befunden worden, er habe seine Pflicht getan und das Recht beschützt, das genüge ihm und seinem Gemüthe. „Die Anfeindungen befremdeten ihn gar nicht. Es sei ja eine alte Erfahrung, wenn es über einen Rechtlichen hergehe, da seien gewöhnlich die Scheine alle einig. Im übrigen werde er schon am 1. August seine Aemter niederlegen und bitte die Wahl des neuen Schulzen alsbald anzuhören.“

Am 16. August 1868, nachmittags 4 Uhr fand die Wahl in der Dürzberger Grundschule statt. Mit äußerster Nähe erlebte die Regierung ihr unglückliches Ziel.

Im zweiten Wahlgang endlich erhielt Friedrich Jöllner, der bisher einzig wählfähiger Insulaner, von den neunzehn anwesenden hundertjährigen Rütchern neun ganze Stimmen und fregte damit über die acht Stimmen, die für Graf abgegeben worden waren. Im ersten Wahlgang hatte auch der fahle Eisenbrücker drei Stimmen erhalten.

Der „Ostmann“ Ernst Katterfeld, so heißt in diesem bewährigen Wahlprotokoll, war auch anwesend, entschied vielleicht selbst für Jöllner im zweiten Wahlgang mit der einen Stimme Mehrheit, um seiner kleinen Gemeinde die Schande zu ersparen, als letzten Schultheiß einen überführten Verbrecher, einen als treuen befundenen abgesetzten herzoglichen Beamten ertragen zu müssen. Sander sollte der Schuld bleiben auch für den letzten Kampf.

Nach jeder dieser letzten Runden nicht ein, obwohl es am Tage vor der Wahl zwischen den Rütchern vom Ranzel und ihrem Schöpfer vom Borzel zu einer erregten Aussprache darüber gekommen war.

Schleifer-Ghe grünte kürzlich darauf, nun endlich den leidigen Burgfrieden in der Forst Dürzberg zu beenden, dem Herzog seinen verdammten Vasallen und zweiten Grundbesitzer wieder den früh-frühen Widdichkrieg zu erklären, über Jöllner, Graf des Gräbel die höchste Feme zu verkünden und mit den GutsMuths, Jankenhainern und andern Gruppen ein Schlag- und Kränzhändeln anzufangen.

Katterfeld-Graf geriet mit dem Jugenddemeraden und seinen Kumpanen scharf zusammen.

Inverhüllend behauptete die Schippe vom Borzel auf Götter aus dem Jenseitigen des lang nach Rütche und Reitmanshausen in ihrem Joch, und erklärte freilich, aber gebietend:

Die Kreditfähigkeit der Gemeinden.

Unter dem Druck der „Wirtschaftsführer“ ist seit mehr als 6 Monaten ein nach allen Regeln der Strategie geführter Kampf der privaten Wirtschaft gegen die öffentliche Wirtschaft im Gange. Es ist bezeichnend, daß dieser Kampf sich zurzeit nur gegen die öffentliche Wirtschaft der Kommunen richtet. Die Zeit liegt noch nicht weit zurück, da die „Wirtschaftsführer“ hochmütig auf die gesamte öffentliche Wirtschaft herabsahen und der zurechtweisenden Hoffnung waren, bald die Herrschaft der Wirtschaft über Reich und Staat errichten zu können. Das Blatt hat sich schnell gewendet. Seit jenen Tagen haben Reich und Länder sich als Sanierungsbüroaus aufzumüssen, um die private Wirtschaft vor dem Zusammenbruch zu retten, und man wird die Industriezweige und die Wirtschaftszweige an den Fingern einer Hand abzählen können, die sich inzwischen nicht hilfesuchend an Reich und Länder gewendet haben. Gegen die öffentliche Wirtschaft in Reich und Staat wagt man daher zurzeit nicht anzurufen. Um so erbitterter geht man gegen die öffentliche Wirtschaft der Kommunen los.

Nachdem infolge des sozialdemokratischen Widerstandes im Reichstag die Versuche gescheitert sind, die gemeinlichen Wirtschaftsbetriebe neuerlich schwerer als bisher zu belasten, ist man jetzt dazu übergegangen, diesen Zweig der öffentlichen Wirtschaft wie den Kommunen im allgemeinen das Leben dadurch zu erschweren, daß man sie in der so dringend notwendigen Aufnahme von Anleihemitteln so sehr als irgend möglich beschränkt. Zu solchem Vorgehen bedarf man der Zustimmung des Parlaments nicht. Dieses Ziel wurde daher erreicht, und zwar insbesondere, weil der privaten Wirtschaft in dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht ein mächtiger Förderer entstand. Die Stellungnahme von Dr. Schacht entspricht mehr der seiner früheren Position als Leiter einer der Großbanken als der des Hauptes des Zentralinstituts des Reiches, das allen Zweigen der Wirtschaft das gleiche Interesse und Wohlwollen entgegenbringen sollte. Unter dem Einfluß von Dr. Schacht sind denn auch alle in Betracht kommenden Regierungsstellen in Reich und Staat in die von ihm vorbestimmte Linie eingeschwenkt und die im Reichsfinanzministerium eingerichtete und unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichsfinanzministers tagende „Anleiheberatungsstelle“ ist die Körperlichkeit, die die Aufnahme von Kommunalanleihen tunlichst zu unterbinden hat. Dem neuen Reichsfinanzminister Dr. Reußhold, der jedem Druck der Wirtschaftskreise bereitwillig nachgab, war es vorbehalten, die Zusage zu geben, daß ihr Wirkungskreis auch auf inländische Anleihen ausgedehnt werden sollte.

Die Drahtzieher des Kampfes geben vor, daß in den Gemeinden verschwendet wird gewirtschaftet werde. Die Kommunen müßten zur Sparsamkeit erzogen werden. Je reichlicher ihnen aber Anleihemittel zufließen, um so größer werde die Verschwendungssucht werden. In Wirklichkeit ist das treibende Motiv die Befürchtung einer Einengung des Anleihemarktes zungunsten der Industrie und der Konkurrenzneid der privaten Wirtschaft gegen die immer mehr erstarrenden Wirtschaftsbetriebe der Gemeinden. Daß man durch solches Vorgehen die Kommunen nicht nur auf das schwerste in der Ausübung ihrer sozialen Pflichten hemmt, sondern zugleich ihnen und ihren Betrieben alle Entwicklungsmöglichkeiten unterbindet, ist der gewollte Zweck der Hebung.

Es gibt nun leider keine offizielle Statistik, aus der ersichtlich wäre, in welchen Beträgen und unter welchen Bedingungen Staaten, Kommunen, Provinzen, sowie die Industrie im Ausland und Inland Anleihen aufnehmen können. Eine Verlierer Großbank beröhrlichst in diesem fortlaufend derartige Heberischen. Wird man solchen privaten Heberischen auch unbedingte Zulassung nicht zuweilen können, so geben sie doch ein Bild von der Sachlage, das sich nicht allzuweit von den tatsächlichen Vorgängen entfernen wird. Eine von uns aus diesen chronologischen Heberischen für unsere Zwecke gefertigte Zusammenstellung ergibt die folgenden Resultate:

Es konnten bis Mitte April im ganzen aufgenommen werden:

a) im Ausland 507,5 Millionen Dollar und 10 Millionen Schweizer Franc.

In der Dollarzone sind die in England und Holland untergebrachten Anleihen, umgerechnet in amerikanische Währung enthalten.

Von diesen Endsummen entfallen auf

1. Länder	47,5 Mill. Doll.
a) außerdem Baden	40 Mill. Schw. Franc
2. Kommunen und Kommunalverbände, Provinzen und Provinzialverbände	169,8 " "
3. Kommunale und provinzielle Elektrizitätswerke	85,0 " "
a) außerdem	
Berliner Elektrizitätswerke	80 Mill. Schw. Franc
4. Industrie	281,2 " "
	70 Mill. Schw. Franc 507,5 Mill. Doll.

b) Im Inland wurden aufgenommen 761,8 Mill. Mark und zwar von

1. Länder	257,0 Millionen Mark
2. Kommunen und Kommunalverbände, Provinzen und Provinzialverbände	322,4 " "
3. Kommunale u. provinzi. Elektrizitätswerke	— " "
4. Industrie	182,4 " "
	761,8 Millionen Mark

Während also bei den ausländischen Anleihen die Industrie erheblich überwiegt, stehen bei den inländischen Anleihen die Gemeinden und Gemeindeverbände an der Spitze. Im einzelnen ist zu bemerken:

1. Der Zinsfuß, den die Länder für die ausländischen Anleihen zahlen müssen, schwankt zwischen 5 1/2% (Hamburg) bis 7 Prozent und beträgt in der Mehrzahl der Fälle 7 Prozent. Der Ausgabeurs pendelt zwischen 88 1/2% und 100 Prozent (Hamburg) und beträgt meistens 94 Prozent. Die Laufzeit geht von einem Jahr (Hamburg) bis zu 20 Jahren und beträgt meist 20 Jahre. Die inländischen Anleihen der Länder sind mit 6 1/2 bis 7 Prozent, meistens mit 6 1/2 Prozent zu verzinsen; sie wurden ausgegeben meistens zu 97 bis 98 Prozent und haben in der Mehrzahl der Fälle eine Laufzeit von 3 Jahren.

2. Die Kommunen und Provinzen haben für das ausländische Geld 7 Prozent zu bezahlen. Der Ausgabeurs betrug zwischen 87 und 100 Prozent, meistens 94 Prozent. Die Laufzeit dauert zwischen 10 und 25 Jahren, meistens 20 Jahre. Nur Berlin und Köln brauchen ihre Anleihen von 15 bzw. 10 Millionen Dollar bei einem Ausgabeurs von 89 bzw. 87 1/2 Prozent nur mit 6 1/2 Prozent zu verzinsen.

Für die inländischen Anleihen haben die Kommunen mit nur zwei Ausnahmen (wieder Berlin und Köln) höhere Zinsen, nämlich 8 Prozent zu zahlen. Der Ausgabeurs schwankt zwischen 85 und 100 Proz., die Laufzeit zwischen 3 und 25 Jahren.

3. Die Bedingungen, unter denen die kommunalen und provinziellen Elektrizitätswerke ausländisches Geld erhielten, entsprechen genau denen, die die Kommunen selbst eingezogen hatten. Die Berliner Elektrizitätswerke haben ihre Schweizer Anleihe von 30 Millionen Franken bei einem Ausgabeurs von 95 Prozent und einer Laufzeit von 15 Jahren (mit festem Goldumrechnungkurs in holländischen Gulden) mit 7 Prozent zu verzinsen.

4. Die Industrie hat sowohl im Ausland wie im Inland die gleichen Bedingungen für ihre Anleihen eingehen müssen wie die Kommunen. Für das ausländische Geld sind nicht unter 6 1/2 Prozent und nicht über 7 1/2 Prozent, für deutsches Geld mit nur drei Ausnahmen 8 Prozent zu zahlen. Bei den ausländischen Anleihen bildet ein Ausgabeurs von 94, bei den inländischen Anleihen ein solcher von 93 Prozent die Regel. Die Laufzeit schwankt zwischen 3 und 25 Jahren.

Aus unserer Zusammenstellung, mögen ihre Unterlagen auch in dem einen oder andern Falle nicht bis zur letzten Mark nimmern, geht jedenfalls das eine zweifelsfrei hervor, daß sowohl die ausländischen wie die inländischen Geldgeber die deutschen Kommunen für genau so kreditwürdig halten wie die deutsche Industrie. Das würden sie ganz sicher nicht tun — in Geldangelegenheiten hört bekanntlich die Gemütslichkeit auf —, wenn sie glaubten, daß in den Kommunen Verschwendung getrieben und das geliehene Geld nicht produktiven Zwecken zugeführt würde. So kann unsere Zusammenstellung vielleicht ein wenig mit dazu beitragen, den Rebell zu zerstreuen, den die deutschen „Wirtschaftsführer“ aus kurzfristigem Konkurrenzneid um die Wirtschaft der deutschen Kommunen zu breiten versuchen.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 7. Juni 1926.

Unterbeamten und Fürstenabfindung.

„Die stellen sich die Unterbeamten der Eisenbahn und Post zur Abfindung.“ Als wir bei der letzten Gehaltsaufbesserung um Aufbesserung unserer Bezüge gebeten hatten, wurden wir mit leeren Worten abgewiesen. Aber nach oben hin der kanton Beförderung und Gehaltsaufbesserung.

Mit fortgedruckten Heberischen in den nachstehenden Blättern: „Die Unterbeamten wollen wieder Gehaltsaufbesserung“, suchte man Stimmung gegen die Unterbeamten zu machen. Nach oben hin selbstverständlich Gehaltsaufbesserung. Aber so ein kleiner Unterpieper muß froh sein, daß er nicht abgebaut wird.

Kan Kollegen! Unsere Zierbesessen sind durch die Inflation eingegangen. Die Kinderversicherungsgelder sind verlorengelassen, und wer ein paar Notgroschen auf der Sparkasse hatte, hat sie verloren. Wir haben uns müchtig dazwischen ergeben. Aber mehr so unsere Fürsten, die Fürsten verlangen nicht nur Aufmerksamkeit, sie verlangen eine ungeheure Wertsteigerung, verlangen auch fremdes Eigentum. Schlösser, Wälder, Liegenschaften, die früher Staatsbesessen waren, suchen sie jetzt als Eigentum an sich zu reißen.

Kan, Kollegen! Es geht darum, das Volk vor diesem Raubzug zu schützen. Auch die Fürsten müssen opfern in der Zeit, da durch ihre Schuld das Volk alles verloren hat. Darum: Stimmt für den Volksschutze. E. Schaffner.

60 Jahre Gewerkschaft.

Der Verband der deutschen Buchdrucker kann in diesem Jahre auf ein 60jähriges Bestehen zurückblicken. Er stellt damit die älteste freie Gewerkschaft in Deutschland dar. Dieses Jubiläum feierte am 20. Juni im „Kriemhildsaal“ der Ortsverein Magdeburg des Verbandes der deutschen Buchdrucker, der selbst 53 Jahre alt ist und nach schwerer, mühsamer Arbeit seit dem letzten Buchdrucker Magdeburgs in seine Reihen aufgenommen hatte. Fast 200 Mitglieder von über 800 gehören dem Ortsverein mehr als 25 bis zu 45 Jahren an.

Historische Größe der freien Gewerkschaften Magdeburgs und des Ostpreussens der Gewerkschaften waren zum Teil erschienen. Das Oberpräsidium vertrat Oberbürgermeister Adem. In der Festrede von Karl Helmholz (Berlin) wurde die wechselvolle, aber stetig aufwärtsführende Geschichte des Verbandes dem Jubiläumshörer vor Augen geführt. 60 Prozent aller deutschen Buchdrucker hat der Verband in seiner Mitgliedschaft erfasst. Damit dürfte er unter den deutschen Gewerkschaften an der Spitze stehen. Aber auch sonst ist die Buchdrucker-Gewerkschaft ein Vorbild für andere Gewerkschaften im Reich.

haltweise war bereits 1873 zum ersten Male von Erfolg gekrönt, wurde auch zum Vorbild für die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung.

Ein künstlerisches Konzertprogramm umwachten die Festreden. Das Magdeburger Konzertorchester unter Leitung von Karl Otto und der Graphische Gesangverein unter Leitung von Gertrud Grunewald, gestalteten es aus. Ganz besonderen Beifall fanden ein Witton-Solo von Obermusikmeister Karl Otto und der Vorspruch von Karl König. Mit einem Festball sang die Jubiläumsgesellschaft aus. Die Buchdrucker verließen keine Zeile zu feiern. Es wird allen Teilnehmern gut gefallen haben. Dem Verband wünschen wir ein weiteres erfolgreiches Wirken für die Interessen seiner Mitglieder.

Sozialdemokratische Partei.

- Bezirk Friedrichshagen-Verder.** Heute Montag abends 8 Uhr, Vorkommensversammlung im „Liwol“.
- Bezirk Neue Neustadt.** Am Dienstag abends 8 Uhr, Frauenversammlung im „Wintergarten“.
- Bezirk Alte Neustadt.** Am Dienstag abends 8 Uhr, Frauenversammlung bei Winter.
- Bezirk Golthe und Bismarck.** Am Mittwoch den 9. Juni, abends 8 Uhr, Frauenversammlung bei Hofmeister.
- Bezirk Seeburg.** Am Mittwoch den 9. Juni, abends 8 Uhr, Frauenversammlung bei Jahreskamp.
- Bezirk Süd.** Am Mittwoch, Frauenversammlung im „Selbedere“.

Der Ruffhäuser im Regen.

Das war eine nasse Reise mit dem Sonderzug der Reichsbahn am Sonntag nach dem Ruffhäusergebirge. Mit dem Augenblick, da der Zug in Pörga-Neibitz einlief, ging es los, und das nicht zu knapp. Bald keine, bald heftiger prönte es herab, und die Wege der Gelbesen Line vermaandelten sich in glatte Pfützen, auf denen gar „lieblich“ zu wandeln war. Trotzdem ging es auf der Höhe des Ruffhäuser-Donkmal (laut zu). Eine Überdrehung der chemischen Tier hielt ein nur mäßig befeuchtetes Stoffchen ab, bei dem Regen geschwungen. Nieder gerungen und „Gedächtnis“ beklammert wurden, daß es Unbedeutendsten noch grüner war den Augen werden konnte. Um die Kaiserkrone auf der Spitze des Donkmalstammes der Sturm und verhielte sie in Nebelstufen, von Ansehens kam eine Spur. Freilich kein Wunder, wenn man unten im Saale das Raus vom Himmel herabgelogen hatte.

Die Reichsbahnverwaltung hatte überdies noch dem geschäftlichen Grundhaft, daß Klappen zum (Holländische) Hundwerk gehört, in ihrem sonst anerkanntwertigen Programm — undenkliches Wort — das Ruffhäuser-Donkmal, das von den deutschen Regierungsbereisen errichtet wurde, als „Nationaldenkmal“ und „Heiligtum der Deutschen“ aus eigener Machtvollkommenheit erklärt, und solche Sätzen, das wissen wir aus der Geschichte der alten Deutschen von der Schule her, sind am eindrucksvollsten, wenn es wettert und braust und Boden sich in Wolken der Erde

und wanderten viele nach den Sehenswürdigkeiten: Ruine Mothensburg, Barbarossahöhle und Heimliche. Wie mag es übrigens dem Kaiser Ruffhäuser gehen? Am 18. Januar 1871 wurde er von seinem Marzotisch erlöst, weil in Verfall der Weibhart zum deutschen Kaiser proklamiert worden war. Ruffhäuser konnte in Walthall einziehen. Jetzt ist das Kaiserreich nach noch nicht fünfzigjährigem Bestand durch den Kaiser mit dem Ruffhäuser erledigt; muß Barbarossa nun seinen Platz unter dem „Heiligtum der Deutschen“ wieder einnehmen? Eine Doktorfrage, wert, von einem bössischen „Gelehrten“ bearbeitet zu werden!

Am späten Nachmittag wurde es doch noch schön, man konnte die wunderbare „S e i m l e h l e“ mit ihren Hallen, Grotten, Seen, Felsgebilden und klingenden Felsen bewundern, noch einige Stunden trocken von oben herumwandern, sich der blauen Berglinien und des wachsenden Feldsegens erfreuen und dann die Heimfahrt antreten. Und nirgends sah man unfrohe Gesichter. Es hätte ja auch noch schlimmer werden können, dessen getröstete man sich, und war damit sehr weise.

Die Beschäftigung der Strafgefangenen.

In einer kleinen Anfrage der Landtagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung wurde auf Richtlinien des Reichs-Wirtschaftsministeriums über die Vergütung von Aufträgen an Gefangenenanstalten hingewiesen, in denen es heißt, daß Reichsbehörden Waren höchstens bis zur Hälfte des Jahresbedarfs von Gefangenenanstalten beziehen, daß diese Anstalten sich an öffentlichen und beschränkten Ausschreibungen nicht beteiligen dürfen und daß Aufträge an Gefangenenanstalten nicht zu ungünstigeren Bedingungen übertragen werden dürfen, als sie von der freien Wirtschaft gestellt werden. Das Staatsministerium wurde ersucht, entsprechende Richtlinien für die preußischen Staatsbehörden herauszugeben.

Wie der „Antikliche Preussische Pressedienst“ der längeren Antwort des preussischen Justizministers, mit der sich der preussische Handelsminister einverstanden erklärt hat, entnimmt, ist die Auflegung gemäßigter Vergütungen hinsichtlich des Umfangs der Lieferungen den Reichsbehörden gegenüber im Einverständnis mit der preussischen Regierung mit Rücksichtnahme auf das Privatgewerbe und die freie Arbeit gezeichnet. Das Staatsministerium ist aber nicht in der Lage, für die preussischen Behörden entsprechende einschränkende Anordnungen zu treffen, weil hierdurch eine so erhebliche Beeinträchtigung der in den preussischen Gefangenenanstalten eingerichteten Arbeitsbetriebe herbeigeführt würde, daß es nicht möglich wäre, die Gefangenen regelmäßig in angemessener Weise zu beschäftigen. Die Beteiligung an Ausschreibungen ist den Gefangenenanstalten seit jeher unterzogen. Im übrigen ist nicht zu befürchten, daß die Gefangenenanstalten den Behörden bei der Übernahme von Aufträgen ungünstigere Bedingungen stellen, als es seitens der freien Wirtschaft der Fall ist.

Ein rabiater Mitbürger.

Der Herr Richard Sande war im Jahre 1923 von Bromberg als Flüchtling nach Magdeburg gekommen, nachdem er kurze Zeit in Kassel Wohnung genommen hatte. Von dem noch geringeren Vermögen seiner Frau kaufte er das Grundstück Wolfenbüttler Straße 65. Die Genehmigung zum Kauf wurde ihm aber vom Magistrat verweigert, da angenommen wurde, daß er seine Wohnung zur Zeit noch in Kassel, jedenfalls nicht in Magdeburg hatte. Demgegenüber behauptete Sande, daß ihm in der Kurlerwallstraße 13 eine Wohnung bereits zugewiesen war. Er veräumte die Eintragsfrist, hatte aber auf das Grundstück 6 1/2 Millionen Papiermark angezahlt. Nun richtete sich seine Wut unbedeutenderweise gegen Oberbürgermeister Weins, dem er in einem an den Magistrat gerichteten Schreiben behauptete, er hätte ihn um den Rest seines Vermögens gebracht. Behauptungen, daß der Angegriffene mit der Angelegenheit gar nichts zu tun gehabt hätte, die Bestimmung lediglich durch einen Ausschuß und den zuständigen Dezernenten getroffen worden wären, fanden bei dem Angeklagten taube Ohren. Seine Aufregung wuchs immer mehr, als ihm auch noch der Weg eines Zivilprozesses gegen den Magistrat dadurch abgeschnitten wurde, daß ihm vom Landgericht das beantragte Armenrecht abgelehnt wurde.

Der Oberbürgermeister, den er ziemlich heftig angegriffen hatte, sah von einer strafrechtlichen Verfolgung wegen Verleumdung ab, weil ihm die Erregung des Mannes begreiflich erschien, zumal der Wert des Geldes zu der betreffenden Zeit rapid im Sinken war. Sande setzte seine Eingaben fort, beschwerte sich in einer solchen auch beim Regierungspräsidenten, der aber das Verfahren des Magistrats billigte und die Beschwerde zurückwies.

Auf eine weitere Angabe lud ihn der Syndikus des Magistrats zwecks nochmaliger Belehrung auf sein Amtszimmer. Hier zeigte Sande sich wieder außerordentlich erregt und sagte, er würde dem Oberbürgermeister Ohren und Nase abschneiden, damit er von nun an entsetzt durch die Welt gehe. Diese Ankündigung will er getan haben, nachdem ihm der Syndikus Dr. Rinkering gesagt habe: der Oberbürgermeister wünsche nicht, daß Ruffhäuser hier Häuser erwerben. Dr. Rinkering stellt entschieden in Abrede, eine solche Ankündigung getan zu haben. Er will im Gegenteil wieder gesagt haben, daß der Oberbürgermeister mit der Sache abfuhr: nichts zu tun hätte. Ihm sogar anheimgegeben haben, ein Wiedernahmeheschehen im Antrag zu bringen. Das Grundstück war inzwischen an einen Schlossermeister verkauft worden. Sande ist später vom Vertreter des Verkaufters mit 247 Goldmark, die der Anzahlungssumme entsprachen, abgefunden.

Auf Antrag wurde dann ein Strafverfahren wegen Verleumdung gegen Sande eingeleitet, das zur Anklage und Verhandlung vor dem Schöffengericht führte. Sande will im Kriege verächtet und daraufhin nervös geworden sein, zumal er in diesem Falle glaubte, daß ihm ein Unrecht geschehen sei. Inzwischen ist er auch mehrfach wegen Verleumdung sowie wegen Bedrohung bestraft worden. Staatsanwaltschaftsbeamter Wiedemann nahm auch in diesem Fall eine Verleumdung des Oberbürgermeisters für vorliegend an und beantragte eine Geldstrafe von 100 Mark. Im Schlusswort gab der Angeklagte zu, den Vorwurf gegen den Oberbürgermeister nicht mehr aufrecht erhalten zu können. Das Gericht erkannte dem Antrag des Staatsanwalts gemäß.

— Hebertreffer. Wir konnten in unserer letzten Nummer mitteilen, daß man bei Güterglück einen Roggenhaun von 220 Metern Länge gefunden hat, der sich in unserer Redaktion vorfand. Diese Mitteilung hat unter den Roggenhaun im Magdeburger Gebiet den Keil geworfen. Sie ließen sich messen und siehe da, an der A l e r t a d e in Sudenburg fand sich einer, der 2.40 Meter mehr. Er trat den Markt in unsere Redaktionstube an und bittet uns, die Ehre aller Magdeburger Roggenhaune zu retten, was hiermit geschehe. Zur weiteren Ehre des Magdeburger Riesens sei auch noch festgestellt, daß seine Welter guten Fruchtansatz aufweist. Aber vielleicht liegt das an dem Boden, auf dem er gebohrt, der fetter Boden ist, während der Boden bei Güterglück dünnere ist. — Ob sich nun noch ein längerer Keil bei uns einstellen wird? —

— Deutsche Volkspartei und Kommunisten. Verhältnismäßig ist die Deutsche Volkspartei dem Zusammenhang, sich auch in ihren Parteiorganisationen mit Kommunisten zu beschäftigen. Ihr kommunalpolitisches Organ, das unter dem Titel „Die Volksstimme“ erscheint, ist ein hervorragendes Organ für die Arbeiterbewegung. Die Deutsche Volkspartei hat in der letzten Nummer eine sehr interessante Artikel über die Arbeiterbewegung in der Provinz veröffentlicht. Die Arbeiterbewegung in der Provinz ist ein sehr interessantes Thema, das in der Provinz eine große Rolle spielt. Die Arbeiterbewegung in der Provinz ist ein sehr interessantes Thema, das in der Provinz eine große Rolle spielt.

Kleine Chronik.

Zwei Hügel — ein Zugführer. Aus einer Veröffentlichung des Eisenbahnverbandes der Eisenbahner ergibt sich ein beachtenswertes neues Moment zur Schuldfrage bei der Münchner Eisenbahnkatastrophe. Bekanntlich mußte der Zug 820 vor dem Ostbahnhof in a r e i n, wodurch es erst ermöglicht wurde, daß der Zug 114 ihn einfahren und auf ihn auffahren konnte. Warum, so heißt es in dem Schreiben des Eisenbahnverbandes, konnte der Zug 820 nicht in den Ostbahnhof einfahren? Weil in dem Gleis, auf dem der Zug 820 einfuhr, bereits ein Vorortzug stand. Dieser Zug aber konnte nicht ausfahren, weil kein Zugführer vorhanden war; denn der für den Vorortzug bestimmte Zugführer sollte erst mit einem andern Zuge, den er gefahren hatte, ankommen und gleich wieder den auf ihn wartenden Vorortzug führen. Die Ursache der Katastrophe war also, daß dieser Zug nicht hinauskam, denn sonst hätte Zug 820 unbehindert einfahren können und das Unglück wäre vermieden worden. Die Schuld trägt demnach indirekt doch der Personal-mangel bei der Eisenbahn.

Massagesalon für Herren. In einem Abgrund tieffter Verkommenheit ließ eine Verbanlung vor dem Schöffengericht Schönberg bilden, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt werden mußte. Es entrollte sich das Bild der widerwärtigen Zuneigung einer 52jährigen Frau zu einem 12jährigen Knaben, der überdies noch aus schändlicher Gabeier verpuffelt wurde. Angeklagt war eine Frau Beatrice Bender, die in der Hollendorfsstraße einen Massagesalon für Herren unterhält. Von einer ihrer „Gehilfinnen“ hatte sie im Jahre 1919 den damals sieben Jahre alten unehelich gebornen Sohn Max zu sich genommen. Dem hübschen Jungen ließ sie eine sehr gute Erziehung angeben und schickte ihn sogar auf das Gymnasium. Der arme Junge mußte aber den „Kunden“ des Massagesalons, der reichlich mit allen Marterwerkzeugen ausgestattet war, bei den entsprechenden Handlungen Silkeleistungen machen. Mit 12 Jahren machte die Angeklagte den Knaben zum Opfer ihrer eignen Gellüste. Schließlich wurden Nachbarn auf das Treiben in dem „Massagesalon“ aufmerksam und erstatteten Anzeige bei der Kriminalpolizei, so daß eines Tages die Kriminalpolizei das Kuppelnetz aushub. Leider gelang es nicht, die Kunden, die das Kind so schändlich mißbraucht hatten, zu ermitteln, wohl aber mußte sich jetzt die Masseuse selbst unter der schweren Anschuldigung des Sittlichkeitsverbrechens an einem ihr zur Erziehung anvertrauten Kinde unter 14 Jahren und wegen schwerer Kuppelverantwortung. Die Angeklagte wird von einem wahren Liebesparoxysmus zu dem jetzt 14jährigen Knaben beherrscht. Nach jahrelang als die Schuld der Angeklagten war die der Mutter des Kindes, denn es ergab sich, daß alles mit Wissen der eignen Mutter geschehen war und daß dieser von dem Anteil an dem Sündenbündel gelöst hat. Die Folge dieser Enthüllungen wird sein, daß auch gegen die Mutter nachträglich Anklage erhoben werden dürfte. Nach dem Gutachten des Gefängnisarztes Dr. Girsch ist die Angeklagte eine moralisch verkommene minderwertige Person, aber nicht geisteskrank. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Reimer beantragte 1 Jahr 9 Monate Zuchthaus. Das Gericht billigte der Angeklagten aber mildernde Umstände zu und erkannte auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Das erschwerende Moment des Mißbrauchs eines zur Erziehung anvertrauten Kindes mußte fallengelassen werden, weil der Knabe unter jändiger Aufsicht der Mutter geblieben war.

Zwei Kinder ermordet und zerstückelt. Am Sonnabend abend kam man in Breslau einem gräßlichen Verbrechen auf die Spur. In der Mauer der Technischen Hochschule, in unmittelbarer Nähe der Ober, fand ein Wächter der Wache und Schließgesellschaft gegen 11 Uhr ein großes verschmittes Paket. Beim Öffnen entdeckte er den blutigen Kopf eines achtjährigen Knaben und die mitten durchgeschnittene Leiche eines zehnjährigen Mädchens. Der Mörder hatte den Leib des Mädchens zerstückelt und sämtliche Eingeweide aus dem Körper entfernt; außerdem hatte er dem Mädchen die Kopfhaare mit dem Schädel gelöst. Beide Kinder sind offenbar dadurch getötet worden, daß ihnen der Laster die Kehlen durchgeschnitten hat. Eine Untersuchung im Gesicht des Knaben weist darauf hin, daß er zunächst durch Gift getötet worden ist. Der sofort alarmierten Breslauer Kommissionsrat gelang es innerhalb weniger Stunden, die Identität der ermordeten Kinder festzustellen. Es handelt sich um den achtjährigen Knaben Otto Fehse und seine elfjährige Schwester Gertr. Die Mutter ist eine Witwe, von Beruf Klempnerin, und wohnt in der Brandenburger Straße 33 in Breslau. Sie hatte die Kinder gegen 5 Uhr fortgeschickt mit dem Auftrag, ein Paket auf das Postamt zu tragen. Als die Kinder gegen 8 Uhr noch nicht zurück waren, hatte sie auf der Kriminalpolizei eine Vermisstmeldung erstattet. Bei der Gegenüberstellung erkannte sie die Ermordeten sofort als ihre Kinder wieder. Die Kriminalpolizei hat die Aufklärung des Verbrechens mit Hilfe eines Kollagehandes aufgenommen. Unter anderem wurde die Ober nach dem noch fehlenden Körper des Knaben abgefragt, bisher jedoch erfolglos. Der Verdacht hat sich auf einen Mann gelenkt, der in der Nähe des Tatortes gestern abend gegen 11 Uhr mit einem großen Paket gesehen worden ist. Die Leichenteile waren im Leiche eines Gades eingewickelt, in dem sich offenbar vorher Kohl und Sand befunden haben.

Die ganze Familie durch Gas vergiftet. Eine Familientragödie hat sich in der Nacht zum Sonntag in Leipzig abgepielt, in der ein Erdgasrohr liegendes Wohnhaus des Kaufmanns und Vertreters Max Heine abgebrannt. In den zeitigen Morgenstunden

des Sonntags bemerchten Hausbewohner, daß aus der Heine'schen Wohnung starker Gasgeruch drang. Da niemand Öffnung, benachrichtigte man die nächste Polizeiwache. Die Polizeibeamten betrat die Wohnung durch die Tür des Heine'schen vom Nebenbalkon Eingang in die Wohnung. In der Küche fand man die ganze Familie, den 40 Jahre alten Heine, seine 40 Jahre alte Ehefrau und die beiden 5 und 7 Jahre alten Kinder leblos in den Betten. Küper dem geöffneten Gasfaß am Gaslocher war auch der Stopfen aus der Ableitung an der Decke entfernt. Ein herbeigerufener Arzt konnte nur noch den Tod der vier Personen feststellen.

Von einem Felsblock getödtet. In einem Granitsteinbruch bei Neu-Wamburg am Rhein waren zwei Arbeiter mit der Fertigung einer Sprengladung beschäftigt, als sich plötzlich in bedeutender Höhe ein schwerer Felsblock löste, abstürzte und die beiden Arbeiter tödtete. Einem dritten Arbeiter wurde der Brustkorb eingedrückt, so daß auch hier keine Hoffnung auf Erhaltung des Lebens besteht. Zwei weitere Personen wurden leicht verletzt.

50 Berliner Klubs trotzengelegt hat das Berliner Polizeipräsidium, indem es allen nichtkonfessionierten Klubs jeglichen Ausschank von Getränken untersagte. Damit ist ihnen praktisch die Voraussetzung für ihre weitere Existenz entzogen. Bestehen bleiben werden nur noch 50 Klubs, die sogenannten Klubs, die das Polizeipräsidium in seiner Verfügung betroffen hat, waren keine Klubs im eigentlichen Sinne, sondern Privatunternehmen gewisser Geschäftsleute, die unter dem Deckmantel eines Klubs Geschäfte machen wollten und damit das Gaunertum der Klubs, das zudem an die Einhaltung der Polizeistunde gebunden ist.

Selbstmordversuch der Gräfin Vothmer. Die vielgenannte Potsdamer Gräfin Vothmer hat einen Selbstmordversuch gemacht. Die Gräfin war in letzter Zeit, um ihren Lebensunterhalt zu fristen, in einem Berliner Kinotheater als Prologsprescherin aufgetreten. Ihr geschiedener Mann hatte darauf angedroht, ihr nicht nur die Kinder zu nehmen, sondern ihr auch seinen Namen entziehen zu lassen. Die Gräfin sah sich durch diese Drohung ihrer letzten Existenzmöglichkeit beraubt und nahm in ihrer Wohnung Veronal, um ihrem Leben ein Ende zu bereiten. Einem Arzt gelang es jedoch, sie wieder zum Bewußtsein zurückzuführen.

Betriebsunfall in einer Kesselschmiede. In der Kesselschmiede der Damag-Muguin-W.G. in Charlottenburg ereignete sich ein folgenschwerer Betriebsunfall, bei dem der Schmied Franz Fröschlich getödtet und zwei Handwerker schwer verletzt wurden. Mehrere Arbeiter waren mit dem Emporziehen von Kesselschubstangen beschäftigt, als plötzlich ein Kranzeil sich und die schwere Last zu Boden stürzte. Dabei wurden drei Arbeiter davon getroffen und unter den Eisenblechen begraben. Auf die Hilferufe der Verunglückten eilten Kollegen hinzu und befreiten die Verletzten aus ihrer bedauernswerten Lage. Dem Schmied Franz Fröschlich war der Schädel zertrümmert, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Fünf Tote, sieben Verletzte bei Autounfällen. Auf der Landstraße Gadebusch-Schwerin überschlug sich auf der schlechten Straße ein Kraftwagen. Von den vier Insassen wurden zwei getödtet, der Direktor Frank von der Organisationsanstalt in Schwerin und der Direktor Schwabe von der Holzindustrie-W.G. in Schwerin. Der Bruder Schwabes wurde schwer, der Chauffeur leichter verletzt. — Bei Schleißheim hat sich ein schwerer Autounfall ereignet. Aus noch nicht bekannter Ursache überschlug sich der Wagen des Direktors der bayerischen Viehverwertungs-gesellschaft, Gustav Nothe. Nothe ist tot; die übrigen Insassen, seine zwei Töchter und der Geschäftsführer der Gesellschaft sind mehr oder minder verletzt. — In Wern fuhr ein mit vier Personen besetzter Kraftwagen bei Wern gegen eine Telegraphen-stange. Zwei Personen wurden getödtet, die beiden andern verletzt.

Spiel mit dem Leben. In der Schmittlerstraße des Ritterguts Ribbelsardt in Rommern verbanden zwei polnische Schmittler die elektrische Leitung mit dem Landruder, um einen erwarteten Arbeitsgenossen durch den elektrischen Schlag zu erschrecken. Statt des polnischen Schmittlers trat der Arbeiter Lange ein. Beim Berühren des Ruder's wurde er durch den elektrischen Strom getödtet. Die polnischen Schmittler wurden verhaftet.

Eingestelltes Verbrechen. Am 18. Januar d. J., morgens 6 Uhr 25 Minuten, wurde das Haus Kirchstraße 9 in Moabit von einer furchtbaren Explosionskatastrophe heimgesucht. Das Haus wurde größtenteils zerstört. Unter den Trümmern fand man noch und nach 11 Tote, 14 Schwere und 2 Leichtverletzte. Die Staatsanwaltschaft ordnete sofort eine Untersuchung an. Man hatte eine ganze Anzahl Gutachter herangezogen, um die Ursache des schrecklichen Unglücks festzustellen. Einige Gutachter kamen zu der Annahme, daß eine Gasexplosion stattgefunden habe; andre glaubten, daß man in der Explosion von Benzin oder andern Chemikalien den Ursprung suchen müsse. Das schließlich eingeforderte Obergutachten bewegte sich in Hypothesen, aus denen man alles oder gar nichts heranzuleiten konnte. Man hat man das Verfahren als ergebnislos eingestuft.

Der Sturz in den Löwenkäfig. Ein aufregender Unglücksfall spielte sich in einer Zirkusbarkellung in Montreuil bei Paris ab. Man war bei der letzten Attraktion, der Sensationsnummer des Zirkus, angelangt. Die Attraktion, die den Namen „Löwensturm“ führt, besteht darin, daß ein Akrobat auf einem schmalen Stahlgang von sechs Meter Durchmesser, der über Meter über einem offenen Löwenkäfig aufgeschraubt ist, auf einem Rotorrad

herumfährt. Der Sohn des Direktors, der nach gewöhnlicher Attraktion ausfuhr, hatte seine „Lobesprüche“ erst begonnen, als er das Gleichgewicht verlor und mit seinem Rotorrad in den Löwenkäfig stürzte. Der Löwenzüchter konnte gerade noch einen Schrei zurückerufen, sonst wäre das schwere Rotorrad direkt auf ihn heruntergefallen. Er wurde aber trotzdem noch zu Boden geworfen, ebenso natürlich der Rotorradfahrer. Beide konnten sich jedoch sofort wieder erheben, und während der Löwenzüchter die Reue hatte, die sich von ihrem ersten Schreck gleich erholt hatten, in Schach hielt, stürzte der Rotorradfahrer aus dem Käfig heraus, ohne von den Löwen erfaßt zu werden. Der Sohn des Direktors erlitt bei dem Sturz nur eine leichte Wunde an der Brust, während der Dompfete eine schwere innere Verletzung davongetragen hat.

Unwetter und Hochwasser.

Bei einem in den Nachmittagsstunden des Sonnabends niedergegangenen Unwetter, in Waldheim ist großer Schaden angerichtet worden. Große Strecken Kornfelder sind von dem starken Regen unweget und auf den Erdboden gedrückt worden. Lieferliegende Kartoffelfelder und Wiesen stehen unter Wasser. Leiche und Bäche sind übergetreten und überflutet die umliegenden Flächen. Die Zschopau führt Hochwasser. In Geringwalde stehen einzelne Straßenstücke unter Wasser.

Infolge anhaltenden starken, wolkenbruchartigen Regens führt die Gottleuba Hochwasser und ist bereits an einigen Stellen aus den Ufern getreten, wodurch im ganzen Gottleubatal nicht unerheblicher Schaden an Feld und Forst verursacht worden ist. Die Eisenbahnstrecke Zittau-Gottleuba ist wegen des Hochwassers gesperrt. Der Verkehr wird durch Autos der Kraftwagen-Gesellschaft aufrechterhalten. Das Wasser der Elbe ist ebenfalls nicht unerheblich gestiegen. Im Winterberggebiet bei Schmilla ist ein Wolkenbruch niedergegangen, der großen Schaden angerichtet hat, so daß die Reichswehr von Dresden zur Hilfeleistung gerufen werden mußte. Man dürfte mit weitem Steigen des Elbwassers zu rechnen haben.

Infolge der starken Regenfälle ist die Reife seit Sonntag mittag über 1 Meter gestiegen. Die Reifeinsel in Götzig und weite Wiesenflächen sind vollständig überschwemmt. Die Fluten führen große Mengen Heu mit sich. Ein Opfer des schweren Unwetters, das die Sächsischen Schweiz heimgesucht hat, ist auch die Oberlausitz geworden. Am Sonnabend und Sonntag gingen auch hier wolkenbruchartige Schwitter nieder, so daß die Flüsse Hochwasser führen und ein großer Teil des Landes unter Wasser gesetzt worden ist. In Ort Briesing waren die Straßen bis zu einem Meter überflutet. Die Wiesen sind vollständig verschlammmt, so daß die Geuernte vernichtet wird.

Ein Wolkenbruch, der am Sonnabend über ganz Nordböhmen niederging, hat in einzelnen Teilen des Landes verheerende Schäden angerichtet. So wird aus Leitmeritz gemeldet, daß dort große Stadtteile von Wasser überschwemmt sind, so daß den Bewohnern der untern Stadtteile der Räumungsbefehl gegeben werden mußte. Die Fluten des aus den Ufern getretenen Kraftwagens rissen sämtliche Brücken mit sich fort. Das Militär verrichtet die notwendigen Hilfsarbeiten. Ferner mußte der gesamte Bahnverkehr auf der Strecke Rottenbach-Warnsdorf wegen Uberschwemmung eingestellt werden. Die Flüge in der Richtung Leitmeritz und Wartenburg werden über Lobositz geführt.

Das von unzähligen Wandern so stark besuchte Gebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz ist am Sonnabend von einer schweren Hochwasserkatastrophe heimgesucht worden, die sich bis zum Abend in ihrer ganzen Auswirkung noch nicht abzeichnen läßt, da alle Verbindungen unterbrochen sind. Nach einem großflächigen wolkenbruchartigen Regen floß das Wasser mit solcher Schnelligkeit in das Tal, daß die Wanderer und Einwohner der heimgejagten Ortschaften in größter Eile bergan flüchten mußten. Das Gebiet Schneeberg, Untergrund, Schönau rechts der Elbe ist weniger betroffen, obwohl auch dort jagte die Eisenbahn Schandau-Bodenbach ihren Verkehr nur mit Mühe und großer Vorsicht aufrechterhalten kann. Am stärksten ist betroffen die Strecke zwischen Leuba und Schmilla, das Gebiet hinter Rastau und Preßnitz. Die Landwege nach dem Winterberg sind völlig krensch. Die Strömung in Schandau ist stark gestiegen. Es wird bis 10 Meter Hochwasser gemeldet.

Durch die schweren und anhaltenden Regenfälle der letzten Zeit sind die württembergischen Flußläufe so geschwollen, daß sie an verschiedenen Orten über ihre Ufer getreten sind und schwere Schäden angerichtet haben. Vorau mit Redar führen Hochwasser. In Söflingen bei Ulm wurde die Straße von einem 40 Zentimeter hohen Wasserstrom überschwemmt, der das Hochwasser vonaustritten vollständig unter Wasser setzte. In Schach mußten die untern Stockwerke der Häuser geräumt werden. Verheerende Uberschwemmungen werden auch aus Oberschwaben gemeldet. Dort sind verschiedene Seen, darunter auch der Hebesee, aus den Ufern getreten und haben sich als reißende Ströme über die Ortschaften ergossen. Die Bahnlinie Göttingen-Baden ist gesperrt. Schwere Hochwasserstände hat das Wasser im Schußental sowie in Ludendorf und Oberach angerichtet. Dort sind die Straßen im Stadtkern bis zu 1/2 Meter unter Wasser gesetzt. Brücken mußten gesprengt werden, um dem gestauten Wasser Abfluß zu schaffen.

In Friedrichshafen am Bodensee wurde der größte Teil des Zirkusgeländes mit dem Rotorrad-Rotationsbau von Wasser überschwemmt. Die Straßen gegen den See sind kumpfbar. Weitere Uberschwemmungen werden aus dem Hoch- und dem Neckartal gemeldet.

Die Lampe mit dem roten Schirm.

Roman von Otto Schwertel (1. Fortsetzung.) (Katholik verboten.)

Der Kommissar hatte schweigend den Bericht der Frau Maria angehört. Jetzt stand er auf, und ohne an die Frau ein Wort zu richten, trat er in das nebenliegende Schlafzimmer. Die Vorhänge waren zugezogen, doch das Fenster stand wohl des lauten Sommerwetters wegen, halb offen. Das Bett war durchschüttelt, und das Wasser auf dem Waschtisch geschüttelt. Die Hälfte des Wasserschloßes war aus der Wand in die Wandschicht geschüttelt, und auch das Wasser schien kochend, denn es entstieg noch einen kleinen Nebelwölkchen, und die nebenstehende Karaffe war halb leer. „Selbst, selbst“, murmelte der Oberkommissar. Die verschiedensten Gedanken durchwühlten seinen Kopf. Das Bett ist auf dem Boden, es ist wie verrotten, ungesund. Aber der Tote liegt völlig angeklodert drauf auf dem Boden. Was mag ihn veranlassen haben, wieder aufzuwachen. Oder sollte das Verbrechen erst heute vorzeitig in aller Frühe, nach dem Luftischen Frühstück, begangen worden sein? — Nun, das wird auch mag ich hören, dachte er. „Frau Bergholzer“ sagte er laut. „Haben Sie eine Meinung irgendeinem Verdacht, wer als Täter hier in Frage kommen könnte?“ Frau Bergholzer schüttelte den Kopf und antwortete mit einer Kneifflange: „Der könnte ein Interesse an dem Tode des alten Mannes haben.“ „Ja“, sagte Wondra. „Das eben wollte ich von Ihnen wissen.“ Frau Bergholzer schüttelte schweigend den Kopf. „Der Sohn des Feldmarschallleutnants ist die einzige Person“, fuhr Wondra fort. „Wissen Sie, wie dessen Verhältnis zu dem Vater war? Gut, familiär oder gesamt?“ „Wahrscheinlich“, sagte er. „Das Verhältnis zwischen Vater und Sohn das denkbar beste. Der Dienant Karl von Probst ist ein erwieh, pflichtfertiger junger Mann. Ich glaube, daß in den vergangenen Jahren, die ich hier in Diensten bin, gut genug kennengelernt zu haben. Er würde nicht, hätte keine Schulden und zudem eine mehr als reichliche Julage von dem Vater, der in guten polnischen Verhältnissen lebte.“

„Hast die Tochter und ihr Mann?“ „Haben gleichfalls beide kein Interesse am Tode meines armen Vaters. Der Schwager, Herr Hochfeld in Wien, ist übrigens ein sehr vermögander Mann; reicher als Herr von Probst ist, und hatte außerdem als Beamter der Eisenbahn ein schönes geordnetes Einkommen. Mit seinem Schwagerwiderstand er im besten Einvernehmen.“ „Wunderbar“, schüttelte leise den Kopf. „Und außerdem noch andere Verwandte?“ „Frage er.“ „Nein, Herr Oberkommissar. Ich kenne keine.“ „Also damit ist's nicht“, dachte Wondra. „Sagen Sie mal, Frau Bergholzer“, fragte er, „sollte Herr von Probst viel Geld im Hause zu halten?“ „Nein. Viel Geld nicht. Er hatte immer einige hundert Gulden im Hause, zur Befreiung der laufenden Ausgaben, und das Geld verwahrte er dort drüben im Schreibtisch. Sein Vermögen war, soweit mir bekannt, beim Vater Wondra in der Via San Nicola angelegt.“ „Wer hat den Schlüssel zum Schreibtisch in Verwahrung?“ „Herr von Probst selbst. Er trug ihn immer in der Tasche.“ Der Oberkommissar gab seinem Buchhalter einen Brief. Dieser trat zu dem Tote, dessen Identität er ein großes Schlüsselband entnahm, das er seinem Vorgesetzten überreichte. „Dies sind wohl die Privatschlüssel des Herrn von Probst“, fragte Wondra die Haushälterin. „Ja“, antwortete diese und trat näher. „Das hier ist der Schlüssel zum Vorderschrank, hier der große zum Büfett und jener mit dem gezackten Barte schließt die Schreibtischladen auf.“ Der Kommissar nahm den bezeichneten Schlüssel und schloß die Schreibtischlade langsam und vorsichtig auf. „Wollen Sie mal bitte herüberkommen, Frau Bergholzer“, sagte er und entnahm der Schublade eine kleine, feingearbeitete Kassetten aus schwarzlackierten Eisenblech. Ein kleiner Schlüssel steckte der Oberkommissar sofort in die Kassetten. Die Kassetten war mit feinstem japanischer Leder und einigen weiblichen Schmuckstücken bis obenhin gefüllt. Auch ein Geldbetrag in fünfzig Gulden von sechshundert Kronen fand sich vor. „Es scheint nichts zu fehlen, Herr Oberkommissar“, sagte Frau Bergholzer, nachdem sie mit Wondra zusammen den Inhalt der Kassetten untersucht hatte. „Das hier ist das Geld.“

gegenstände der verstorbenen gnädigen Frau, hier Oden und Ehrenzeichen des gnädigen Herrn, und der Gedächtnis, mag ich stimmen, denn so beifällig fünfzehnter bis achtzehnter Kronen hatte der gnädige Herr immer im Hause.“ Der Oberkommissar griff, ohne zu antworten, in die Kassetten und nahm ein kleines Buch mit sich. Das er durchblätterte. „Wohin sah er Frau Bergholzer?“ „Ich mache hier keinen sehr interessanten Aufschluß. Kennen Sie die Bedeutung dieses Buchs?“ „Gewiß, das ist das Einkommenbuch für den Vater Wondra.“ „Schön, Frau Bergholzer. Schauen Sie doch bitte mal, was hier steht. Hier diesen Eintrag können Sie mal mit mir ablesen. Da ist vermerkt, daß Herr von Probst zu seinem Geburtstag gestern die Summe von achtundvierzigtausend Kronen abgehoben hat. — Ist Ihnen vielleicht bekannt, zu welchem Zweck Herr von Probst diese doch immerhin recht erhebliche Summe benötigte?“ „Nein, Herr Oberkommissar. Ich habe keine Ahnung.“ Wondra brante die Kassetten mit neuem durch. Das Geld ist abgehoben worden, das heißt hier schwarz auf weiß, aber — es ist nirgends zu finden.“ Frau Bergholzer wachte die Kassetten. „Ich habe keine Ahnung darüber“, sagte sie. „Sie müssen an den Leutnant schreiben“, sagte Oberkommissar Wondra, mehr zu sich als zu seiner Begleitung. „Der Herr von Probst gestern die Summe von achtundvierzigtausend Kronen abgehoben hat. — Ist Ihnen vielleicht bekannt, zu welchem Zweck Herr von Probst diese doch immerhin recht erhebliche Summe benötigte?“ „Nein, Herr Oberkommissar.“ sagte die Haushälterin und beugte sich. „So ist nicht das Hausbuch?“ „In der Tat.“ „Wollen Sie das Buch bitte herüberbringen.“ „Ich kann es nicht bringen. Vielleicht, daß ich wieder noch einige Kassetten an Sie zu richten habe, aber vorerst genügt es.“

